

Zweite Regionalkonferenz der Region Ost

**für E&C-Akteure und Interessierte der
Bundesländer
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vor-
pommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und
Thüringen**

Dokumentation zur Veranstaltung
am 4. Dezember 2001 in Magdeburg

Eine Veranstaltung des
Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,
Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt

Im Auftrag der
Regiestelle E&C der Stiftung SPI

Inhalt:

- 4 **Vorbemerkung**
- 5 Rainer Schwarz, Sandra Scheeres,
Einführungsreferat
Die Bedeutung von Aktivierungs- und Beteiligungsformen für die zentralen Programmmodule im E&C
- 12 Erfahrungsaustausch zu Aktivierung und Beteiligung in Arbeitsgruppen:
 - AG 1 | Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen**
 - AG 2 | Erfahrungen mit BürgerInnen und BewohnerInnen**
 - AG 3 | Erfahrungen mit jungen Menschen ohne Ausbildung und Beruf (Benachteiligte)**
- 14 Prof. Dr. Detlef Baum, Hauptreferat
Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Neue Wege und innovative Ansätze der Beteiligung
- 21 Andreas Keune, Sylke Osterloh, Arbeitsgruppe 1
Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung von Wohnquartieren und in Agenda 21-Prozessen – die Beispiele Kinderhaus Weimar und Stadt Erfurt
- 27 Elke Fenster, Arbeitsgruppe 2
BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtteilentwicklung – das Beispiel Berlin-Moabit
- 30 Andrea Wagner, Arbeitsgruppe 3
Aktivierung junger Menschen ohne Berufsbildung in ländlichen Gebieten – das Beispiel Kulturpark Deutzen
- 35 **Resümée**
- 36 **Tagungsprogramm**

Vorbemerkung

In der zweiten Regionalkonferenz Ost wurde dem Wunsch der TeilnehmerInnen nach Bearbeitung des Themas „Aktivierung und Beteiligung“ entsprochen.

Am Vormittag lag der Schwerpunkt auf dem Erfahrungsaustausch zum Thema Aktivierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Zielgruppen im Rahmen des Programmes E&C. In den Arbeitsgruppen am Nachmittag wurden die Erfahrungen aus dem Praxisaustausch aufgenommen und durch fachliche Impulse sowie der Vorstellung konkreter Praxisbeispiele in Arbeitsgruppen vertiefend bearbeitet. In Hinblick auf die Übertragbarkeit der Konzepte auf andere Standorte wurden die Modelle diskutiert und überprüft.

Die Praxisbeispiele kamen aus den Themenbereichen:

- Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung von Wohnquartieren
- BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtentwicklung
- Aktivierung junger Menschen ohne Berufsbildung in ländlichen Gebieten.

Das Leitthema Aktivierung und Beteiligung wurde durch den Vortrag „Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Neue Wege und innovative Ansätze“ von Prof. Baum in Hinblick auf seine Möglichkeiten und Grenzen referiert.

Darüber hinaus sollte die Regionalkonferenz ein Begegnungsforum zwischen den lokalen Akteuren im E&C-Programm und den VertreterInnen der Länderministerien eröffnen. Das Angebot an die TeilnehmerInnen, die Möglichkeit des Austausches mit VertreterInnen ihrer Länderministerien konnte nicht im gewünschten Maße realisiert werden. Die TeilnehmerInnen formulierten allerdings ganz deutlich, dass ihnen die Möglichkeit der Begegnung mit VertreterInnen der Länderministerien sehr wichtig ist. Der systematische Austausch und die gezielte Information der Akteure im E&C durch LändervertreterInnen wird in den nächsten Regionalkonferenzen weiter verfolgt.

Die Bedeutung von Aktivierungs- und Beteiligungsformen für die zentralen Programmmodule in E&C

Anliegen dieses Beitrages ist es, fragmentarisch einige Gedanken und Ideen zur Frage der Bedeutung von Partizipation

- von Kindern und Jugendlichen an den Umgestaltungsprozessen in sozialen Brennpunkten und
- von Programmakteuren innerhalb des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“

beizutragen. Der Beitrag versteht sich eher als Anregung für die Beschäftigung mit diesem Thema in den Arbeitsgruppen, denn als komplettes Partizipationskonzept. Letztlich liegt es wohl auch in der Natur von Partizipation, dass sie sich von und mit den handelnden Personen bestimmt. Eine detailvollendete theoretische Darstellung von Partizipation ist daher kaum möglich und hier auch nicht gewollt

Partizipation – ein schillernder Begriff?

Partizipation wird allgemein als Beteiligt sein, Mitwirken bzw. Mitbestimmen von Personen und Personengruppen an gesellschaftlichen (meist Veränderungs-) Prozessen verstanden. Partizipation beschreibt einerseits den Gegensatz zu Bürokratisierung oder zentralistischer Fremdbestimmung. Andererseits wird Partizipation normativ verstanden als demokratischer Anspruch in Entscheidungsprozessen. Basierend auf der Grundannahme menschlicher Entwicklungs- und Entscheidungsfähigkeit, umfasst Partizipation den Anspruch politische, Planungs-, Produktions- und Dienstleistungsprozesse oder auch Stadtentwicklungsvorhaben durch Mitwirkung und Mitbestimmung aller Beteiligten angemessen zu gestalten.

AkteurInnen der Jugendhilfe (StadtentwicklerInnen und QuartiersmanagerInnen, die sich mit den Problemen von Kindern und Jugendlichen in ihren „besonderen“ Stadtteilen auseinandersetzen seien hier einbezogen), tritt die Forderung nach Partizipation derzeit in wenigsten drei Handlungsfeldern entgegen:

- als Beteiligungsgebot der Erziehungsberechtigten und/oder jungen Menschen an der Hilfeplanung und -gestaltung (§§ 5, 8, 12, 22, 36, 50 etc. KJHG),
- als Beteiligungsgebot der Träger der freien Jugendhilfe in Form des Subsidiaritätsprinzips (also als vorrangig an der Gestaltung von Leistungsangeboten zu beteiligen,

§ 4 KJHG) aber auch als Beteiligungsgebot an Jugendhilfeplanung und Entwicklung (z.B. §§ 76 und 78 KJHG).

In dieser Hinsicht sind die lokalen AkteurInnen „Partizipationstifter“, soll heißen in der Verantwortung für die Teilhabe von jungen Menschen, Erziehungsberechtigten und freien Trägern der Jugendhilfe.

Als „Partizipierende“ (also als zu Beteiligende) sind die Vor-Ort-AkteurInnen

- aufgefordert an der Neugestaltung der Verwaltung und der Jugendhilfe, des Sozialen, der Wirtschaft etc., also allgemein an Reformen und Umbau mitzuwirken.

Schon hier wird eine grundlegende Schwierigkeit in den Erwartungshaltungen an Sie als Agierende in den Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf deutlich: Extern sollen Sie die Beteiligung von Adressaten und Betroffenen (besser BürgerInnen) in Ihrer Arbeit initiieren und gestalten. Intern ist das Einbringen Ihrer Kompetenz dann gefragt, wenn Leitung oder politisch Verantwortliche Bedarf an ihrer Hinzuziehung sehen.

I. Welche Ansprüche an die Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellen sich im Rahmen von E&C?

Das Programm E&C stellt sich die Frage, wie erhöhe ich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt? Eine Fragestellung, die derzeit gerade in benachteiligten Stadtteilen diskutiert wird und einen wesentlichen Schwerpunkt von Stadtentwicklung und Jugendhilfeplanung darstellt.

Ausgangspunkt hierfür sind Positionen die sich verallgemeinert wiederfinden in der These: *Für die Lebensfähigkeit der Städte wird es in Zukunft entscheidend sein, ob es den Kommunen gelingt, BürgerInnen und damit auch Kinder und Jugendliche mit in die Problemlösungen und Stadtteilplanung in den Quartieren einzubeziehen.*

Kinder und Jugendliche werden in einer Welt groß, die fast ausschließlich von anderen, nämlich von Erwachsenen, gestaltet wird. Sie sind daher ein guter Indikator, ob die Einbindung von Gruppen, die bisher aus dem Gestaltungsprozess ausgegrenzt wurden, gelingt. Eine Mitbeziehung unterschiedlicher BürgerInnengruppen könnte zu mehr Verantwortungsgefühl und Identifikation mit dem Quartier führen.

Kinder und Jugendliche sind in der Lage ihre eigenen Bedürfnisse und Forderungen zu artikulieren. Auch wenn diese Äußerungen häufig subjektiv sind, machen sie deutlich, dass sie als Experten in eigener Sache agieren können. Von daher ist eine stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozesse,

z.B. bei der Gestaltung des Wohnumfeldes, sinnvoll und notwendig. Hierbei geht es nicht um „Kinder und Jugendliche an die Macht“. Aber Beteiligung umfasst, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Mitmenschen betreffen, gemeinsam zu treffen und gemeinsam akzeptierte Problemlösungen zu finden.

Unter kommunalpolitischer Perspektive gilt: **Ziel von Partizipation** ist die Öffnung von Entscheidungsprozessen. Partizipation führt zu einer Verbesserung und Erweiterung des basisdemokratischen politischen Systems. „Im besonderen soll Partizipation als ergänzendes Instrument der repräsentativen Demokratie die Ohnmacht und Apathie von benachteiligten Gruppen und Individuen abbauen und überwinden“ (Stork 1995, S. 13).

Beteiligung ist nicht verboten

Beteiligung braucht keine rechtlichen Regelungen, sondern Engagement von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen in einem rechtlichen Rahmen. PolitikerInnen, StadtplanerInnen, Fachleuten, Personen des Öffentlichen Lebens etc. ist es nicht verboten, Jugendliche nach ihrer Meinung und ihrem Rat zu befragen oder auch in Planungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen. Natürlich brauchen Beteiligungsprozesse auch das eigenständige Engagement von Kindern und Jugendlichen. Dies setzt jedoch voraus, dass Erwachsene sie motivieren, begleiten und bei der Umsetzung ihrer Ideen behilflich sind. Rechtliche Regelungen bieten lediglich den Raum für die Umsetzung von partizipativen Konzepten. Es existieren ausreichend gesetzliche Regelungen, die den Rahmen für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen abstecken:

■ **Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen**

Seit April 1992 ist die UN-Konvention über die Rechte des Kindes offiziell in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. In Artikel 12 – 17 erkennt sie den Kindern und Jugendlichen das ganze Spektrum der Menschenrechte zu. Die UN-Konvention beinhaltet Vorschriften, die Kindern und Jugendlichen ein Recht auf Beteiligung geben. Artikel 12 beinhaltet speziell das Recht des Kindes, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern und zu berücksichtigen zu wissen. Dies bedeutet, die Meinung des Kindes muss angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner

Reife gehört werden (vgl. Dorsch 1994).

■ **Das Grundgesetz**

Im Artikel 2 für die Bundesrepublik Deutschland heißt es:

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (...)“ und „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“.

Das Grundgesetz spricht in diesem Artikel von Menschen und gibt keine Altersangaben an. Dies bedeutet, Kinder und Jugendliche haben die gleichen Rechte wie die Erwachsenen (vgl. Richter 1997). In Artikel 17 unseres Grundgesetzes wird ausgeführt: „Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und Volksvertretungen zu wenden.“ Das „jeder“ in diesem Artikel verweist auf seine Gültigkeit auch für Kinder und Jugendliche.

■ **Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) SGB VIII (KJHG)**

Das seit 1991 in Kraft getretene KJHG bietet eine Menge an Paragraphen, die die Städte und Gemeinden auffordern, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Im § 8 Abs. 1 heißt es: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen (...)“ (Mün-der 1993, S. 136). In diesem Paragraphen wird die indirekte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefordert und den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit eingeräumt, auf spezielle Leistungsangebote Einfluss zu nehmen. Hier sind nicht ausschließlich die Angebote der individuellen Hilfen gemeint, sondern natürlich auch die sie im weiteren Sinn betreffenden Entscheidungen im Rahmen aller Angebote und Planungen der Kinder- und Jugendhilfe und gerade auch der Jugendarbeit.

§ 9 Abs. 2 des KJHG stellt einen weiteren Grundsatz zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf. Es gilt: „... die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen.“

Frädich (1995) ist der Auffassung, dass es jetzt Aufgabe der Jugendhilfe sei, Konzepte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und auch entsprechende

Beteiligungsverfahren durchzuführen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellt eine wesentliche Möglichkeit dar, diese zu verantwortungsbewussten, selbständigen Menschen zu erziehen. Sie ist somit rechtlicher Anspruch und zugleich pädagogisches Handlungsfeld.

Voraussetzungen und Anforderungen an Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipation darf keine Alibi-Funktion haben. Jede Institution, die sich entschließt, ein Partizipationsmodell zu entwickeln, sollte folgendes bedenken:

- (1) Zu beachten ist, dass Verwaltung und Politik leicht die Politikprozesse innerhalb des Partizipationsgremiums steuern können, da sie meist die Initiatoren sind und ihr politischer Einflussbereich berührt ist. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, im Vorfeld mit Politik und Verwaltung deren politischen Willen und ernsthafte Absichten einer wirklichen Beteiligung von Jugendlichen zu klären. Nur dann wird es gelingen, gemeinsam ein Modell zu entwickeln, welches ermöglicht, dass beide Seiten konstruktiv und kreativ zusammenarbeiten.
- (2) Eine Zufriedenheit aller, die von den Entscheidungen des Planungsgremiums betroffen sind, lässt sich meist nicht herstellen. Aufkommende Unzufriedenheit der Beteiligten im Planungsprozess kann dazu führen, dass die/der PlanerIn das Gefühl hat, die Planung lieber selbst in die Hand zu nehmen, da sie/er es keinem recht machen kann. Es bedeutet, dass die/der PlanerIn viel Engagement, Frustrationstoleranz, Mut und Solidarität aufbringen muss, um Beteiligte mit in die Planung einbeziehen zu können.
- (3) Bei einer beteiligungsorientierten Planung kann es zu zeitlichen Verzögerung des Planungsprozesses kommen. Durch eine breite Beteiligung verschiedener Menschen kann es zu längeren Diskussionsprozessen und Planungsphasen kommen. Es muss daher bei der Planung einkalkuliert werden, dass solche Zeitverzögerungen auftreten werden. Demokratie, auch mit Kindern und Jugendlichen, braucht Zeit.
- (4) Partizipationskonzepte vermitteln zwar das Gefühl der demokratischen Legitimation von Planung. Aber bei einzelnen Partizipationsformen ist meist nur ein kleiner Teil der eigentlichen Zielgruppe beteiligt. Oft werden auch nur Teilinteressen von den engagierten Personen berücksichtigt. Partizipation kann also politische Legitimation nicht ersetzen

Bei der Entwicklung eines Partizipationsmodells im Stadtgebiet sind folgende Aspekte für das Gelingen wesentlich:

- Eine intensive Analyse und Bestandsaufnahme der gegebenen örtlichen Situation
- Kooperationsbereitschaft in Politik, Verwaltung und im MitarbeiterInnenkreis
- Die Suche nach dem Dialog mit den Kindern und Jugendlichen
- Spezifische Angebote für die verschiedenen Gruppen von Kindern und Jugendlichen (z.B. Genderaspekt oder Migrationshintergrund) und
- Öffentliche Anerkennung für das Beteiligungsmodell, indem verbindliche Absprachen getroffen, materielle, finanzielle und personelle Ressourcen sichergestellt werden.

(vgl. Hermann 1996 und Stange u. Wiebusch 1997)

Beteiligungsformen

Beteiligungsformen sollten im allgemeinen folgende Funktionen erfüllen:

- *Wahrnehmungsfunktion* – Entscheidungsträger erhalten einen unmittelbaren Einblick in die Interessenslagen von Jugendlichen
- *Artikulationsfunktion* – Jugendliche teilen sich auf ihre Art und Weise mit
- *Sozialisationsfunktion* – Beteiligung führt bei den Jugendlichen zu „politischer Bildung“
- *Motivationsfunktion* – Jugendliche übernehmen Verantwortung, Mitarbeit und Interesse für den Lebensraum

Für jedes Vorhaben die richtige Form wählen

Eine Auseinandersetzung mit Beteiligungsmodellen und deren jeweiligen Für und Wider ist dringend notwendig, bevor ein Modell ausgewählt wird. Denn nicht jedes Modell ist für jede Stadt oder jedes Quartier geeignet, da die unterschiedlichen Sozialstrukturen berücksichtigt werden müssen.

Die gängigen Partizipationsformen verfolgen die Absicht, Kindern und Jugendlichen dem Entwicklungsstand entsprechende Artikulationsmöglichkeiten anzubieten, um eine Teilhabe zu ermöglichen. Es wird das Ziel verfolgt, Meinungen und Interessen von Kindern und Jugendlichen in den kommunalen Raum einzubringen, damit diese von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Direkte Beteiligungsformen lassen sich in drei Gruppen aufteilen:

- *Offene* Beteiligungsformen:
Kinder- und Jugendforen, Runde Tische, Hearings, Sprechstunden etc
- *Projektorientierte* Beteiligungsformen:
Stadtplanung, Spielplatzplanung, Hausgestaltung, Ökodetektive etc.
- *Repräsentative* Beteiligungsformen:
Kinder und Jugendräte, Parlamente etc.

Der Weg zur „richtigen“ Beteiligungsform

Oft wird als Problem benannt, dass man sich nicht sicher sei, welche Beteiligungsformen für welche Kinder und Jugendlichen sinnvoll sind, welche Altersgruppe geeignet erscheint, wann es zu einer Überforderung kommt. Es muss aber darum gehen, immer wieder kinder- und jugendgerechte methodische Beteiligungsformen anzubieten und ihnen so Möglichkeiten einzuräumen, sich an der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu beteiligen.

Wesentlich ist die Frage der Motivation. Kinder- und Jugendbeteiligung bedeutet, dass diese nicht auf sich alleine gestellt sind, sondern ein Problem mit Erwachsenen gemeinsam beraten und eine Lösung erarbeiten. Partizipation bedeutet Beziehungsarbeit und Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen. Die Kinder und Jugendlichen sollen in einem für sie nachvollziehbaren Rahmen Beteiligung erfahren. Realisierung, Koordinierung und Durchsetzung muss durch Erwachsene begleitet werden, da die Kinder und Jugendlichen alleine damit meist überfordert sind und nicht die Möglichkeit haben, ihre Ideen in der Realität durchzusetzen.

Oft wird der Fehler begangen, die Wahrnehmungen und Bewertungsraster der Erwachsenen auf die Sichtweise von Kindern und Jugendlichen zu übertragen. PolitikerInnen, PädagogInnen, QuartiersmanagerInnen und PlanerInnen müssen jedoch offensiv auf Kinder und Jugendliche zugehen. Dann können sie im Dialog mit ihnen selbst lernen, welche Beteiligungsformen die geeignetsten sind. Auch muss durch die Erwachsenen abgesichert sein, dass der Beteiligungsgegenstand echte und sinnlich erlebbare Planungs-, Veränderungs- und Entscheidungskompetenz in die Hände der Beteiligten legt. Dann besteht die Möglichkeit, die Kinder und Jugendlichen mit ihren Vorstellungen durch die verschiedensten Beteiligungsformen einzubinden, ihre Ideen ernst zu nehmen und diese weiter zu entwickeln.

Vielfältige Formen der Beteiligung sollten flächendeckend und vernetzt in einer Stadt angeboten und erprobt werden, damit nicht nur „Elitejugendliche“ die Chance haben, in ihrem

Lebensumfeld und ihrer Stadt ihre Ideen einzubringen und dementsprechend mitzubestimmen. Selbst unzureichende, missglückte oder einmalige Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche sind besser, als auf sie zu verzichten. Bei der Erprobung von Beteiligungsmodellen kommt der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung ein besonderer Stellenwert zu.

Besonderheiten bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen

Die Erziehung in Familie, Kindergarten und Schule trägt heute meist dazu bei, dass Kinder und Jugendliche früh lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen, diese zu artikulieren und Verständnis bei Erwachsenen dafür zu finden. Eine Folge bei den Kindern und Jugendlichen ist ein sich entwickelndes Problembewusstsein in sozialen Fragen und für Umweltthemen.

Gerade in benachteiligten Stadtteilen leben Kinder und Jugendliche, die in Kinderbetreuung, Schule, Jugendeinrichtungen und Angebote der politischen Bildung nicht integriert sind. Diese Kinder und Jugendlichen sind es nicht gewohnt, öffentlich Bedürfnisse zu artikulieren und Forderungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang bedürfen Bevölkerungsgruppen mit Migrations- oder Umsiedlungshintergrund besondere Beachtung. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft ist in vielen sozialen Brennpunkten hoch. In Untersuchungen werden diesen Personengruppen besondere Defizite und Benachteiligungen in Bereichen wie sprachliche Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit zugeschrieben. Diese Fähigkeiten sind jedoch notwendig, um sich demokratisch auseinandersetzen zu können.

Viele Kinder und Jugendliche in benachteiligten Gebieten sind es auf Grund ihrer Sozialisation nicht gewohnt, sich längerfristig zu binden und Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln. Formulierung von Bedürfnissen und Forderungen fallen diesen Kindern und Jugendlichen schwer, da sie selten danach gefragt werden. Sie sind es nicht gewohnt, Lebensräume zu gestalten, denn da, wo sie herkommen, gibt es kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Gewalt und Delinquenz gehören zu ihren Lösungsstrategien, um Ziele zu erreichen. Aus diesem Grund werden ihnen Hausverbote in Institutionen erteilt. Ihre Freizeit verbringen sie auf der Straße, alleine oder in der Clique und schaffen sich hier ihre eigenen Regeln und Lebenswelten. Hinzu kommt, dass für Problemlösungen den Kindern und Jugendlichen in diesen Stadtteilen nur geringe Ressourcen zur Verfügung stehen.

Diese jungen Menschen müssen in besonderer Weise dazu animiert werden, sich an der Gestaltung ihrer Lebensräume zu beteiligen. Fehlende Möglichkeiten im Freizeit- und Kulturbereich führen mit dazu, dass Kinder und Jugendliche nicht lernen, sich in demokratischen Prozessen zurecht zu finden oder zu verstehen, was politische Gestaltung des Lebensraums bedeutet. Diese Jugendlichen empfinden Politik als eine gesellschaftliche Praxis, zu der sie sich nicht kompetent fühlen.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen incl. der fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten prägen individuelle Einstellungen Jugendlicher gegenüber der Gesellschaft. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich von den Erwachsenen in der Politik nicht ernst genommen und machen „die Politik“ für ihre Lebensbedingungen verantwortlich. Auf der anderen Seite ist es die Politik, die zu wenig jugendpolitische Themen anspricht, Jugendlichen keine Lösungen für ihre Probleme anbietet und sie nicht in Entscheidungsprozesse einbezieht. Das eigentliche Thema ist also die Jugendverdrossenheit der Politik. Jugendliche in benachteiligten Quartieren stehen somit vor der Frage, ob sich politisches Engagement lohnt, da nicht deutlich wird, ob dieses Engagement auch positive und unmittelbar spürbare Veränderungen mit sich bringt (vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell 1997).

Erfahrungen in einigen E&C-Gebieten zeigen, dass diese jungen Menschen jedoch durchaus in der Lage sind, begleitet durch Erwachsene, ihre persönlichen Erfahrungen, Vorstellungen und Veränderungswünsche für ihr Lebensumfeld zu entwickeln (vgl. Regiestelle E&C der Stiftung SPI 2001, Tagungsdokumentation).

Es bedarf besonderer Anstrengungen, die Bemühungen um Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geschlechtsspezifisch auszurichten. Mädchen in sozialen Brennpunkten haben durch ethnisch-kulturelle und soziale Prägung ganz andere Bedürfnisse und Vorstellungen über die Teilhabe an der Gestaltung ihrer Lebenswelt als Jungen. Es existieren jedoch kaum Modelle, die in Beteiligungsverfahren diese Zielgruppe repräsentativ mitwirken lassen oder gar auf diese Gruppe fokussieren.

In den sozialen Brennpunktregionen besteht ein besonderer Handlungsbedarf aber auch die Chance, niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln, die grundlegendes soziales, tolerantes, kommunikatives, verantwortungsbewusstes Verhalten für die hier lebenden Kinder und Jugendlichen erfahrbar und erlernbar werden lassen.

II. Was hat das Programm E&C mit der Rolle der Vor-Ort-Akteure als Partizipierende zu tun bzw. wie setzt E&C diesen Anspruch um?

Das E&C Programm wurde als Partnerprogramm der Bund-Länder-Initiative „Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ aufgelegt. E&C wird aus diesem Grund in hier ausgewählten Gebieten und zusätzlich in strukturschwachen Landkreisen durchgeführt; derzeit 262 Standorte, davon 13 Landkreise.

Sinn und Zweck der Partizipation von AkteurlInnen in E&C

Partizipation innerhalb des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) soll

- permanent und unvermittelt AkteurInneninteressen wahren,
- Orientierungen und Motivation in der täglichen Arbeit und darüber hinaus erhalten,
- spezifische sozialraumorientierte Handlungsalternativen erbringen,
- Trägerkommunikation und Angebotsvernetzung ermöglichen,
- ein kommunikatives System von integrierter Stadtentwicklungs-, Sozial- und Jugendhilfeplanung im Stadtteil (in der Gemeinde) etablieren helfen,
- angemessene Steuerung des Ressourceneinsatzes ermöglichen sowie Finanzierungen transparent und kontrollierbar halten,
- helfen Qualität der fachlichen Arbeit zu sichern und
- als Prozess auf Dauer angelegt sein

Aufgabe der Regiestelle ist es, die Vielzahl von Aktivitäten und Programmteilen des Bundesmodellprogramms sowie das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure, Institutionen und Träger zu koordinieren und diese zu vernetzen. Eine Vernetzung der unterschiedlichen Ebenen und Zielgruppen ist notwendig, da die sozialen Problemlagen in den Gebieten komplexe und auf neue Formen der Kooperation beruhende Handlungsstrategien erfordern. Nur so besteht die Chance soziale und städtebauliche Fehlentwicklungen in diesen Gebieten zu stoppen. In diesem Rahmen versteht sich die Regiestelle als Informationsdrehschreibe und organisiert einen bundesweiten Fachaustausch mit verschiedenen Zielgruppen der vor Ort agierenden Personen und Institutionen.

E&C versteht sich somit als Plattform für ein Umbauprogramm – und hier kann man ja bekanntlich viel von Berlin lernen:

Ein Umbaumodell:

Vor langer Zeit verabredete der Senat der Stadt Berlin mit den Japanern, ein Wetttrudern mit einem Achter auf der Spree auszutragen. Beide Mannschaften trainierten hart und lange, um ihre höchste Leistungsfähigkeit zu erreichen. Als der große Tag des Wettkampfes kam, waren beide Mannschaften top fit. Der Berliner Senat rechnete für seine Mannschaft mit einem Heimvorteil.

Die Japaner gewannen mit einer Meile Vorsprung.

Nach dieser Niederlage war das Berliner Team sehr niedergeschlagen und die Moral auf dem Tiefpunkt. Eine Arbeitsgruppe „Rudern“ wurde eingesetzt, um das Problem zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu empfehlen. Die Untersuchung ergab:

Bei den Japanern ruderten 8 Leute und einer steuerte.

Bei dem Senatsteam ruderte ein Mann und 8 Leute steuerten.

Das obere Management engagierte sofort die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Beratungsfirma, um eine Studie über die Struktur des Senatsteams anfertigen zu lassen. Nach Kosten in Millionenhöhe und einigen Monaten Bearbeitungszeit kamen die Berater zu folgendem Schluss:

Es steuerten unkoordiniert zu viele Leute. Es ruderten zu wenig Leute. Demzufolge ist eine bessere Koordination herbeizuführen.

Um einer Niederlage gegen die Japaner im nächsten Jahr vorzubeugen, wurde die Teamstruktur geändert. Es gab jetzt :

Vier Steuerkoordinatoren, drei Obersteuerleute und ein Steuerleiter. Ein Leistungsbewertungssystem wurde eingeführt, um den Mann, der das Boot rudern sollte, mehr Ansporn zu geben, sich noch mehr anzustrengen und ein Leistungsträger zu werden. „Wir müssen seinen Aufgabenbereich erweitern und ihm mehr Verantwortung übertragen. Er muss seine Ressourcen selber einteilen können“. So sollte es gelingen!

Voll guten Mutes ging die Mannschaft an den Start.

Die Japaner gewannen mit zwei Meilen Vorsprung.

Der Senat entließ den Ruderer wegen schlechter Leistungen, verkaufte das Ruderboot und stoppte alle Investitionen für die Entwicklung eines neuen Bootes. Der Beratungsfirma wurde eine lobende Anerkennung für ihre Arbeit ausgesprochen und ein Folgeauftrag für die Prüfung der Privatisierungsmöglichkeiten der Rudermannschaft erteilt. Die eingesparten Gelder wurden an den Steuerleiter und die 3 Obersteuerleute – als Leistungsanreiz – ausgeschüttet.

Die E&C Programmplattform hat keine Mittel zur Verfügung, sondern nur die einzelnen Teilprogramme. Das Programm versucht, auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene die Idee sozialräumlicher Kooperation und Vernetzungen bekannt zu machen. Das Programm ist prozesshaft und verfahrensoffen angelegt und versteht sich als ein lernendes Programm.

Die E&C – Philosophie zielt auf die Verbesserung der Situation in den sogenannten sozialen Brennpunkten, die nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen kann, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft, vernetzt und aufeinander bezogen werden.

Auch geht es darum, Planung in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung zu koordinieren. Nur so können vorhandene Ressourcen in den Gebieten sinnvoll genutzt und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden.

Neue Modelle und Projekte sollen vor Ort erprobt und entwickelt sowie gute Ansätze, die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern, ausgebaut werden (vgl. Regiestelle E&C 2000).

Das Programm lebt daher von der Mitwirkung der lokalen Akteure. Erfahrungsgewinn aus guter und misslungener Praxis, verbunden mit der Konzentration des sozialwissenschaftlichen Diskurses auf die Bedürfnisse der PraktikerInnen, PlanerInnen und Steuerleute vor Ort, thematische Offenheit und Gestaltbarkeit kennzeichnet die Programmierfähigkeit von E&C.

Zugleich knüpft E&C an den Schwerpunkt BürgerInnen-Mitwirkung der Bund-Länder-Initiative „Soziale Stadt“ an und stellt sich dem Thema der gestaltenden Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an der Sozialen-Nahraum-Entwicklung in den sozialen Brennpunkten.

Literaturhinweise:

Bruner, C., Winklhofer, U. & Zinser, C. (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Bundesjugendring (1995): Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings. In: Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.), Jung und (un)beteiligt. Trends, Positionen, Forderungen, S. 8 - 36. Schriftenreihe 26, Bonn

Bundeszentrale für politische Bildung (1990): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dorsch, G. (1994): Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes. Duncker & Humboldt, Bonn

Frädrich, J. u. Jerger-Bachmann (1995): Kinder bestimmen mit. Kinderrechte und Kinderpolitik. Beck Verlag, München

Hafenecker, B. (2001): Politische Bildung und Jugendsozialarbeit – warum und wie? In: Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Jugend, Beruf, Gesellschaft (Hrsg.) 2001; Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit, S. 74 - 78. BAG JAW, Bonn

Hermann, M. (1996a): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Centaurus, Pfaffenweiler

Hermann, M. (1996b): Auf der Suche nach der richtigen Form: Gütekriterien für Partizipationsformen auf kommunaler Ebene. Projekte-Konzepte-Ideen, Spezial, Modelle für mehr Mitsprache, 1996, S. 29 - 36

Hurrelmann (Hrsg.): Jugend und Politik, ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, S. 122 - 145. Luchterhand Verlag, Neuwied

Innenministerium Nordrhein-Westfalen (1994): Die neue Kommunalverfassung, Düsseldorf

Jugendwerk der Deutschen Shell (1997): Jugend'97, Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Leske & Budrich, Opladen

Münder, J. (1993): Frankfurter Lehr- und Praxis-Kommentar zum KJHG. Votum Verlag, Münster

Regiestelle E&C der Stiftung SPI (2000): Angebot: Soziale Arbeit als Koproduktion. Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Stiftung SPI, Berlin

Regiestelle E&C der Stiftung SPI (2001): Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements (Tagungsdokumentation). Stiftung SPI, Berlin

Richter, I. (1997): Verfassungsrechtliche Aspekte: Voraussetzungen und Grenzen der politischen Beteiligung von Menschen. In: C. Palentien & K. Hurrelmann (Hrsg.), Jugend und Politik, ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, S. 122 - 145. Luchterhand Verlag, Berlin

Schröder, R. (1995): Kinder reden mit. Kinderbeteiligung in der Politik. In: LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.). Kinder reden mit. Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung, S. 55 - 92. Beltz Verlag, Weinheim

Stange, W. & Wiebusch, R. (1997): Pro- und Contra-Diskussion von Kinder- und Jugendgremien. In: C. Palentien & K. Hurrelmann (Hrsg.), Jugend und Politik, ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, S. 364 - 395. Luchterhand Verlag, Berlin

Stork, R. (1995): Jugendhilfeplanung ohne Jugend? Chancen der Partizipation in der Jugendarbeit. Votum Verlag, Münster

Erfahrungsaustausch zu Aktivierung und Beteiligung als „warming-up“

Zur Einführung in das Thema und als Möglichkeit, in den überregionalen Diskurs einzusteigen, wurde am Vormittag eine Arbeitsgruppensequenz zu den Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit Aktivierung und Beteiligungsformen angeboten.

Die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen reflektierten ihre Erfahrungen unter folgenden Fragestellungen:

- Welche Rahmenbedingungen haben Sie in Ihren Projekten für die Aktivierung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?
- Welche Bedeutung hat Aktivierung und Beteiligung für die Kinder und Jugendlichen selbst?
- Was ist das größte Hindernis für Sie, wenn Sie Aktivierung und Beteiligung initiieren wollen?

Arbeitsgruppe 1: Aktivierung und Beteiligung mit Kindern und Jugendlichen

Die Arbeitsgruppe 1 diskutierte über Aktivierung und Beteiligung mit Kindern und Jugendlichen. In aller Regel wird eine große Diskrepanz zwischen Empfehlungen und Richtlinien, die z.B. Stadtverordnungen beschließen, und den entsprechenden Ressourcen wahrgenommen. Viele Kommunen bekennen sich politisch zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und fordern insbesondere die Jugendhilfe auf, sich daran zu orientieren. Allerdings lassen Politik und Verwaltung häufig nicht erkennen, dass sie selbst diesem Prinzip verpflichtet sind bzw. sich verpflichtet fühlen. Beteiligung als Handlungsprinzip in der Jugendhilfe und in den Sozialplanungsprozessen kann aber nicht lediglich von „oben verordnet“ werden. Verwaltung und Politik müssen selber aktiv werden, mehr miteinander kooperieren und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Die üblichen Planungszeiträume in den Kommunen, die in der Regel sehr lang sind, lassen eine adäquate Beteiligung von Kindern und Jugendlichen darüber hinaus häufig gar nicht zu.

Für Kinder und Jugendliche hat die Möglichkeit, sich an der kommunalpolitischen Willensbildung zu beteiligen, eine große Bedeutung. Sie fühlen sich aber nur ernst genommen und sind nur dann entsprechend motiviert und engagiert, wenn ihre subjektiven Bedürfnisse und Wünsche akzeptiert und integriert werden. Empfehlungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Politik und Verwaltung sind das eine und die ernsthafte Auseinanderset-

zung mit den Kindern und Jugendlichen das andere. Häufig passen diese beiden Seiten einer Medaille in den Kommunen nicht zusammen.

Kommunalpolitische Handlungsstrategien sind auf mittel- und langfristige Aushandlungsprozesse gerichtet. Die Interessen und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen sind i.d.R. aber eher kurzfristig orientiert. Viele Kinder und Jugendliche können und wollen sich nicht langfristig und regelmäßig an Projekten beteiligen. Hier gilt es zum einen, die Betroffenen zu motivieren und zu fordern, „einen längeren Atem“ zu entwickeln. Zum anderen müssen Erwachsene auch Formen von Beteiligung entwickeln, die den Kindern und Jugendlichen ausreichend Raum für Spontaneität und Kreativität lassen.

Viele MitarbeiterInnen aus Praxisprojekten fühlen sich insofern „allein gelassen“ und „überfordert“, dass sie den Auftrag aus Politik und Verwaltung aufgreifen müssen und wollen, aber nicht die entsprechenden Ressourcen erhalten.

Arbeitsgruppe 2: Aktivierung und Beteiligung mit BürgerInnen und mit BewohnerInnen spezifischer Wohnquartiere

Die Arbeitsgruppe 2 diskutierte über Aktivierung und Beteiligung mit BürgerInnen und mit BewohnerInnen spezifischer Wohnquartiere. Auch in der Beteiligungsarbeit mit erwachsenen Zielgruppen wird das mangelnde eigene Engagement von Politik und Verwaltung beklagt. Das Handlungsprinzip „Beteiligung“ wird an Praxisprojekte „delegiert“. Die Rahmenbedingungen lassen die räumliche und personelle Kontinuität oftmals nicht zu. Woran es ebenfalls mangelt, ist die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Beteiligungsformen. Der Nenner „Erwachsene“ ist nicht ausreichend: In Hinblick auf angemessene und erfolgversprechende Beteiligung und Aktivierung müssen für verschiedene Gruppierungen und Milieus entsprechende Formen entwickelt werden.

Die AdressatInnen von Beteiligungs- und Aktivierungsprozessen wollen neben der Anerkennung als verantwortliche PartnerInnen im Planungsprozess auch Spaß und Freude sowie Rat und Unterstützung erleben. Dies gilt es, bei den InitiatorInnen zu berücksichtigen und nur so werden Identifikationsprozesse mit den Wohnquartieren gelingen können. In der Gesamtheit von persönlicher Qualifizierung, im Erleben von Spaß und Solidarität, im Annehmen von Unterstützung liegt der konkrete Nutzen der BürgerInnen.

Die Hindernisse für gelungene Aktivierungsprozesse und Beteiligungsformen liegen auch

hier in starren Verwaltungshierarchien, in segregativen Zuständigkeiten und mangelnden finanziellen Ressourcen.

Arbeitsgruppe 3: Aktivierung und Beteiligung mit jungen Menschen, die sich nicht in Ausbildung und Beruf befinden

Die Arbeitsgruppe 3 diskutierte über Aktivierung und Beteiligung mit jungen Menschen, die sich nicht in Ausbildung und Beruf befinden. In diesem Feld kann nur bezogen auf konkrete Personen gearbeitet werden: Aktivierung und Beteiligung, d.h., alle Prozesse und Planungen müssen sich auf konkrete Gruppen und Personen beziehen und für jede Gruppe wieder neu entwickelt werden. Auch für junge Menschen gilt, dass die Themen und Zeithorizonte für sie persönlich einen hohen Gebrauchswert und aktuellen Bezug haben müssen. Das erfordert ein hohes Maß an methodischer Flexibilität bei den InitiatorInnen. Und das wiederum erfordert abgesicherte personelle und finanzielle Ressourcen.

Aktivierung zur Ausbildungsaufnahme oder Erwerbstätigkeit bedeutet bei dieser Zielgruppe, zunächst Motivationsarbeit zu leisten und Bequemlichkeit und Trägheit zu überwinden. In Verbindung mit konkreten Anreizen, wie z.B. positive Lebensperspektiven zu eröffnen, Geld zu verdienen usw., kann Hilfe zur Selbsthilfe vermittelt werden. Dann können junge Menschen erfahren, dass sich ihre persönlichen Anstrengungen auch für sie persönlich „lohnen“. Wenn junge Menschen in Modellprogrammen lediglich mit Taschengeld „versüßte Warteschleifen“ drehen und darüber hinaus keine Perspektiven entwickeln können, sind die Wirkungen der Programme kontraproduktiv. Arbeit mit dieser Zielgruppe braucht „einen langen Atem“.

Prof. Dr. Detlef Baum

Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Neue Wege und innovative Ansätze der Beteiligung

Vorbemerkung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – und vor allem von Jugendlichen – wird heute aus unterschiedlichen Blickwinkeln thematisiert und auch problematisiert.

Die einen beklagen das mangelnde Engagement von Jugendlichen bei institutionalisierten politischen Beteiligungsformen wie Wahlen, Mitgliedschaft in politischen Gruppierungen, Übernahme politischer Verantwortung oder gar Mandate vor allem in der kommunalen Politik, die ja immer noch in der Theorie der politischen Bildung als die nächste Möglichkeit und deshalb auch als der beste Einstieg in politische Aktivität gilt.

Die anderen bedauern das mangelnde Interesse von Jugendlichen an sozialen Aktivitäten in Vereinen, Hilfsorganisationen; sie bedauern das mangelnde soziale Engagement als Ausdruck eines Hineinwachsens in die Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft.

Bei differenzierterem Schauen wird der empirische Gehalt dieser Vermutungen sicher auch in Frage zu stellen sein. Bei näherem Hinsehen stellt sich der Begründungszusammenhang zwischen mangelnder Beteiligung an institutionalisierten Formen der Demokratie bzw. der Beteiligung an Institutionen und sozialem Engagement als theoretisch fragwürdig und empirisch problematisch heraus. Und dort, wo wir feststellen, dass in der Tat das politische Engagement zurückgegangen ist, stellt sich doch eher die Frage, warum es einer demokratischen Gesellschaft und deren Institutionen nicht gelingt, Jugendliche zu gewinnen, sich auf die immer wieder beschriebenen Veränderungen der Jugendphase einzustellen und daraus Konsequenzen für ihre Strategien zu ziehen.

Ich will auch nicht in das Lamento mit einstimmen, das immer in Rückgriff auf die Ergebnisse der Jugendforschung angestimmt wird: Die Individualisierung der Gesellschaft, die Enttraditionalisierung der Werte und Normen und die Verselbständigung der Jugendphase als eigenständige Lebensphase machten es zunehmend schwieriger, Jugendliche zu institutionellen Formen der Beteiligung an politischen Prozessen zu bewegen. Auch diese Zusammenhänge entbehren bei differenzierter Betrachtung ihrer differenzierteren theoretischen Fundierung und zum Teil auch ihres empiri-

schen Gehalts. Und sie entlasten auch die politisch Verantwortlichen, die diese Sorge zwar immer artikulieren, aber nie bei sich selbst und ihren politischen Handlungsstrategien und –maximen einen Grund suchen, sondern eben in gesellschaftlichen Prozessen der Modernisierung.

Ich will mein Augenmerk nicht auf die institutionalisierten Formen der Politik legen. Sie sind Kindern und Jugendlichen formal meist nicht zugänglich.

Ich will auf die bislang immer wieder vergessenen Dimensionen von Partizipation eingehen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geradezu erst möglich machen, um daraus Konsequenzen zu ziehen für eine jugendpolitische Diskussion, für die soziale Arbeit und für eine kommunale Sozialpolitik.

Zum Begründungszusammenhang von Partizipation, sozialräumlicher Integration und Identität

Ich unterstelle zunächst einen Begründungszusammenhang von Partizipation und sozialräumlicher Integration in die Lebenswelt und Identität. Die Trias von Partizipation, Integration und Identität schafft die zentrale Voraussetzung für soziales Handeln auf der jeweiligen Stufe der psycho-sozialen Reife, der Fähigkeit zur Selbstwertregulation, der sprachlich kommunikativen Kompetenz und des sozialen Handelns. Kinder und Jugendliche können auf der jeweiligen Stufe ihrer Kompetenzen und ihrer Reife Formen der Beteiligung realisieren, die ihren Möglichkeiten entsprechen und die zugleich effektiv sind im Blick auf die Ziele, die mit Beteiligung verbunden werden.

Um dies zu entfalten, bedarf es zunächst einer Klärung der Begriffe.

Partizipation

In der Regel umschreiben wir mit dem Begriff der Partizipation ein dialektisches Verhältnis von aktiver Teilnahme an Entscheidungsprozessen mit dem Ziel ihrer Beeinflussung im Sinne bestimmter Interessen und Bedürfnislagen, und der Teilhabe an ihrem „Nutzen“, also der Realisierung der Interessen oder der Befriedigung der Bedürfnisse durch die aktive Teilnahme. Beteiligt werden will man also in diesem beschriebenen Sinne an Entscheidungen dann, wenn einen diese Entscheidungen selbst betreffen, berühren oder in irgendeiner Form die unmittelbaren lebensweltlichen Bezüge, das Wohnumfeld oder relevante Handlungsbezüge tangiert sind.

Im Wohnquartier, in der Straße, im Stadtteil geht dies bereits Kindern und Jugendlichen so.

Ihr unmittelbarer Erfahrungs- und Erlebnisraum, ihre Kommunikations- und Handlungsbezüge sind ihr sozialer Raum, in dem sie sich bewegen. Ihre unmittelbaren sozialräumlichen Kontexte sind die für sie tragenden, weil integrationssichernden und identitätsstiftenden Handlungsbezüge. Es ist ihr sozialer Raum, mit dem sie sich soweit identifizieren, soweit er ihre Bedürfnisse befriedigt, was Kommunikation, Integration und Identitätssicherung angeht.

Soziale Integration

Was bedeutet in diesem Zusammenhang soziale Integration?

Soziale Integration bedeutet immer Integration in eine Lebenswelt, in eine sozialräumliche Struktur. Die Lebenswelt ist immer auch sozialräumlich strukturiert. Menschen handeln in solchen sozialräumlichen Kontexten, und wir nehmen sie in solchen Kontexten wahr und sind selbst integriert in solche Kontexte.

Soziale Räume sind dadurch charakterisiert, dass in ihnen Menschen handeln, auf der Grundlage von gemeinsam geteilten Werten und Vorstellungen.

Entweder durch die ethnische Zugehörigkeit oder durch Schichtzugehörigkeit bzw. durch Domizilbindung¹ bilden sich gemeinsam geteilte Werte oder eine spezifische Mischung unterschiedlicher kultureller, sozialer oder ökonomischer Handlungsmuster aus. Dadurch entstehen spezifische Wahrnehmungen und Erfahrungen, die geteilt werden, und relativ stabile Erwartungsstrukturen und Handlungsmuster.

Als integriert können wir jemanden bezeichnen, der auf der Basis seines soziokulturellen Vorverständnisses, seiner sozialen Kompetenzen und Ressourcen, seiner sozialökonomischen Basis und seiner sozialökologischen bzw. sozialräumlichen Eingebundenheit in der Lage ist, an der durchschnittlichen Lebensweise einer Gesellschaft zu partizipieren, also teilzuhaben an den dort stattfindenden Prozessen und Zugang zu finden an den für alle zugänglichen Institutionen und Einrichtungen.

Zunächst bietet sich gerade in Bezug auf diesen Zugang das räumlich abgrenzte Quartier als ein so konstituierter sozialer Raum an, in dem Unmittelbares erfahren wird. Die Dimension des so erfahrenen, besetzten und damit veränderbaren und beeinflussbaren sozialen Raums, ist eine konstitutive Voraussetzung für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Derart in einen solchen sozialen Raum integriert zu sein, bedeutet die Sicherheit, mit den in diesem Raum und durch ihn erworbene Kompetenzen und Wahrnehmungsmuster in

die Lage versetzt zu sein, zu wissen, was in diesem sozialen Raum veränderbar und beeinflussbar ist, was fehlt, was man braucht und wie man möglicherweise dazu kommt – alles Voraussetzungen für Partizipation, in dem von uns gemeinten Sinne.

Integration in den Stadtteil, in den Kiez bedeutet nicht, dass alle Handlungsbezüge und alle sogenannten „Relevanzbereiche“ im Quartier vorhanden sind. Man braucht auch die Kernstadt für bestimmte Handlungsbezüge, Erlebnisereignisse und Funktionen, die der Stadtteil nicht hat, dafür ist der Stadtteil Teil eines gesamten sozialen Raumes Stadt. Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers brauchen beides. Die lokale Verankerung im Viertel und den sozialökologischen Bezug zur Stadt. Sozialökologischer Bezug meint in diesem Zusammenhang, dass eine verkehrstechnische Anbindung an die Stadt, eine Aufhebung räumlicher Grenzen nicht ausreicht, um Integration herzustellen. Vielmehr brauchen Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers das Gefühl, zur Stadt als Ganzes zu gehören; sie brauchen Mittel und Kompetenzen, um die Stadt als Erlebnis-, Handlungs- und Funktionsraum unkompliziert zu erfahren und den dort gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Bewohnerinnen und Bewohner solcher Quartiere, die von ihrer Struktur her, von ihrem soziokulturellen Milieu her nicht dazu verleiten, dass es zu einem unkomplizierten Austausch der Bevölkerung kommt, haben es mit der Überwindung solcher sozialökologischer Distanzen schwerer, als solche, deren Quartiere räumlich, sozial und kulturell der Stadt und ihrer urbanen Dynamik näher sind.

Das ist deshalb wichtig, weil das Thema Partizipation gerade für solche Quartiere von Bedeutung ist, deren Bewohnerinnen und Bewohner von ihren Kompetenzen und Dispositionen her weniger geneigt sind, sich den Kommunikationsanforderungen und Bedingungen städtischer Öffentlichkeit zu stellen.

Identität

Identität ist in der Regel verbunden mit den Fragen: Wer bin ich? Wie will ich, dass mich andere sehen? Will ich so sein, wie mich die anderen haben wollen? Und zwar mit der Option, meine Identität auch dann sichern zu können, wenn ich den Anforderungen und Erwartungen der anderen eben nicht gerecht werde.

Identität setzt voraus und wird erzielt mit der Fähigkeit, sich selbst in ein angemessenes Verhältnis zu seiner Umwelt, zu seinen Interaktionspartnern, zu Handlungszusammenhängen setzen zu können, sich selbst einschätzen zu können und erkennen zu können, wie die ande-

¹ **Domizilbildung:** Durch Zugehörigkeit zum räumlich abgegrenzten und mit einer soziokulturellen Dignität (Wert, Würde) ausgestatteten Gebiet des Kiez oder des Viertels

ren einen einschätzen.

Eine Identität zu haben und sie aus dem sozialen Kontext des Wohngebietes ableiten zu können, ist etwas, was nicht gleichsam heranwächst. Dies ist ein Prozess, der an Rahmenbedingungen der Sozialisation, an sozialökologische Kontexte des Aufwachsens gebunden ist. Zu diesen sozialökologischen Kontexten gehören neben der Familie

- das Wohnumfeld,
- die Schule bei Kindern und Jugendlichen (meist Kindergarten und Grundschule),
- die – zum Teil für Kinder auch fußläufig erreichbaren – Anregungsstrukturen im Quartier,
- die Straße, die Nachbarn,
- die Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendarbeit, der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit,
- die Freizeitangebote im Quartier,
- die sozialökologische Nähe oder Distanz des Quartiers zur Stadt, seine Anbindung an die Kernstadt.

Wenn Kinder und Jugendliche diese Strukturen des Wohngebietes für sich annehmen können, sich sogar mit ihnen identifizieren können, weil sie durch diese Strukturen und in ihnen ihre Interessen realisieren und Bedürfnisse befriedigen können, dann ist es ihr Wohngebiet, dann sind sie auch in der Lage, dort ihre Identität zu sichern. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass ihnen die Sicherung ihrer Identität im Quartier dadurch gelingt, dass sie auf relativ sichere Kommunikationsstrukturen und Handlungsvoraussetzungen treffen, von denen sie wissen, dass sie selbst diesen Anforderungen in spezifischen Situationen gerecht werden können. Sie müssen mit relativer Sicherheit die Frage beantworten können, wer sie in diesem Kontext sind, wie sie sich darstellen wollen, um akzeptiert zu sein und welche Anforderungen eben nicht erfüllt werden sollten, um gerade deswegen seine Identität zu wahren. Das setzt eine wichtige Kompetenz der psychosozialen Selbstwertregulation voraus: nämlich zu wissen und realistisch einschätzen zu können, was man kann und wie und wo man seine Erfolge sichern kann, und zwar in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen.

Für bestimmte gesellschaftliche Gruppen – auch für die der sozialen Arbeit relevanten Klientel – gilt, dass die Identitätssicherung durch das Quartier und in ihm um so wichtiger ist, je weniger identitätsstiftende Handlungszusammenhänge außerhalb des Wohngebietes vorhanden sind – sei es, weil der Zugang zu ihnen nicht möglich ist, sei es, weil sie dort keine Erfolge erzielen.

Der Begründungszusammenhang

Wenn unsere These gilt, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf der jeweiligen Stufe ihrer psychosozialen Reife und ihrer Fähigkeit der Selbstwertregulation und Umweltwahrnehmung möglich ist; und wenn wir weiterhin annehmen, dass sich mit Partizipation die Teilhabe und Teilnahme an den für jemanden in seiner Entwicklungsstufe relevanten Prozessen und Entscheidungen verbindet, weil damit auch ein Nutzen der Bedürfnisbefriedigung und Interessenrealisierung verbunden ist, dann ist die Frage interessant, wie diese Partizipation aussehen und gelingen kann.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen setzt zunächst an den alltäglichen Bedürfnissen und Interessen dieser Gruppen an, und die sind in der Regel weder politisch noch institutionell orientiert. Die Interessen sind zum Teil diffus und umfassend und müssen sich erst in Diskursen herauskristallisieren, und sie sind eher an der Bedürfnislage der Gruppen orientiert und artikulieren sich dementsprechend auch nicht in und durch institutionelle Kanäle der Beteiligung an Verfahren. Unsere weiteren Überlegungen gehen also von einer grundsätzlichen Aufhebung von institutionalisierter Politik und sozialer Öffentlichkeit aus. Im Unterschied zu institutionalisierten Verfahren der Beteiligung an Entscheidungsprozessen ist soziale Öffentlichkeit in einem Quartier eher durch die Kommunikation in konkreten Lebens- und Alltagsvollzügen gekennzeichnet. Soziale Öffentlichkeit konstituiert sich in vielfältiger Weise: durch allen zugängliche Diskurse, durch Treffpunkte und Kommunikationsorte, durch interessenorientierte Interaktionen und durch relativ diffuse Alltagsinteraktionen zwischen den Bewohnern.

Daraus ergeben sich andere Rahmenbedingungen des Handelns, die gerade für Kinder und Jugendliche eher realisierbar sind. Indem soziale Öffentlichkeit keine Verfahren kennt, die Beteiligung regulieren, können sich Beteiligungsformen etablieren, deren Hauptkennzeichen nicht die Kenntnis der Verfahren und der strategischen Beeinflussung von Entscheidungen ist. Vielmehr kommen die Unmittelbarkeit der Bedürfnisartikulation zur Geltung – wenn ein Treffpunkt für Jugendliche fehlt, werden Jugendliche ihn in ganz jugendspezifischer Weise vermissen. Sie werden ihn in ihrer Sprache und mit ihren Möglichkeiten eher einfordern als einen Antrag auf einen Platz zu stellen. Ihre Betroffenheit und ihr Interesse an einem solchen Treffpunkt werden sie nicht nur äußern, vielmehr sind sie daran interessiert, diesen Prozess aktiv zu begleiten, wenn sie erkennen, dass ihre aktive Beteiligung einen Nutzen hat, es also ihnen persönlich etwas nützt, nicht nur am Pro-

zess, sondern an dessen Ergebnis teilzuhaben. Einflussnahme auf solche Prozesse muss sich also bezahlt machen. Bei Kindern ist ein anderer Aspekt wichtig. Hier müssen wir sehen, dass es Kindern von ihrer Entwicklung her nicht so sehr darum geht, am Gemeinwesen abstrakt zu partizipieren nach der Vorstellung: Man muss sich engagieren, weil man ein Teil des Gemeinwesens ist; ihnen geht es um die Realisierung ihrer Wünsche, während man bei Jugendlichen bereits erwarten darf, dass sie sich als Teil des Gemeinwesens verstehen könnten, wenn man ihnen die Möglichkeit gäbe, dies tun zu dürfen; sie also ernst nimmt mit ihren Bedürfnissen und ihnen eine Chance gibt, sich aktiv einzumischen.

Diese Möglichkeit wird ihnen in dem Augenblick eröffnet, wo man ihnen zugesteht, dass sie nicht nur Interessen und Bedürfnisse haben, die sie einfach mal artikulieren, sondern auch Kompetenzen. Sie nur auf ihre Interessen zu reduzieren und ihnen im übrigen zu bescheinigen, dass sie noch Defizite haben, sich als verantwortliche Partner an den dazu notwendigen Diskursen und Entscheidungen zu beteiligen, ist nicht nur kontraproduktiv, sondern auch identitätszerstörend und integrationsgefährdend. Denn in Fragen ihrer Lebens- und Alltagsbezüge sind Kinder und Jugendliche durchaus Experten, die nur dadurch mobilisierbar oder aktivierbar sind, dass man ihre Kompetenzen erkennt und ernst nimmt, dass man auf ihre Stärken rekurriert und nicht nur ihre Schwächen erkennt.

Unter normalen Umständen und Sozialisationsbedingungen lernen Kinder und Jugendliche, dass sie nicht nur Resultate eines wie auch immer gestalteten Sozialisationsprozesses sind, sondern auch deren Akteure. Sie können Sozialisations- und Erziehungsprozesse beeinflussen, wenn die Interaktionsbedingungen zwischen Eltern und ihnen es zulassen. Das bedeutet, sie lernen mit ihren Argumenten, mit ihren Methoden, mit ihrem Wissen auch die Erwachsenen zu überzeugen und zu verändern. Was natürlich voraussetzt, dass Erwachsene sich auf diesen Lernprozess einlassen, sich selbst verändern zu wollen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Aktivierung und die Artikulation von Interessen: dass man etwas verändern kann, als Akteur beeinflussen kann, weil man spezifische Kompetenzen hat, die man einbringen sollte.

Relative Deprivation und Beteiligung

Wer mit der sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vertraut ist, weiß, dass entsprechende Voraussetzungen zur Beteiligung nicht überall gelten und wir deshalb auch differen-

zieren müssen.

Kinder und Jugendliche, die unter den Bedingungen deprivierter Umstände zum Beispiel eines benachteiligten Wohngebietes, eines sozialen Brennpunktes oder eines sozialräumlich ausgegrenzten Gebietes aufwachsen, erfahren zunächst nicht, dass sie Akteure sind. Sie können es nicht erfahren, weil es ihnen auch keiner vermittelt. Die Erwachsenen dieser Gebiete sind in der Regel auch keine Akteure, die zunächst grundsätzlich davon ausgehen, dass ihre Lebenswelt veränderbar ist und sie etwas zu dieser Veränderung beitragen können. Denn das ist es ja, was seit den 70-er Jahren Bürgerinitiativen ausgemacht hat und heute noch ausmacht: dass ihre Mitglieder grundsätzlich und selbstverständlich davon ausgehen, dass ihre Lebenswelt veränderbar ist und sie mit ihren Kompetenzen auch die Möglichkeit haben, diese Veränderung zu initiieren und zu beeinflussen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner solcher deprivierter Gebiete erfahren dagegen, dass sie zwar versorgt werden, aber auch über sie entschieden wird, ohne dass sie als Experten ihrer Lebenswelt überhaupt von den Institutionen wahrgenommen werden. Wie also sollen sie ihren Kindern vermitteln, dass die Welt grundsätzlich veränderbar ist und sie auch etwas dazu beitragen können?

Im folgenden interessiert die Frage, auf welcher Basis und unter welchen Umständen Teilnahme an Entscheidungen und Teilhabe an ihrem Nutzen solchen Kindern und Jugendlichen gelingt. Und wenn ich an unsere Trias von Partizipation – soziale Integration – Identität anknüpfe, stellt sich die Frage: Wie gelingt solchen Kindern und Jugendlichen soziale Integration und Identität durch Partizipation und wie gelingt Partizipation auf der Basis sozialer Integration und Identitätssicherung?

Denn das jeweils eine setzt jeweils die anderen beiden voraus. Soziale Integration gelingt unter Umständen nur über Partizipationsmöglichkeiten und Beteiligung an Entscheidungen bzw. die Beeinflussung von Prozessen sichert auch Identität und Integration. Kinder und Jugendliche sind möglicherweise nur in dem Maße sozial integriert, in dem sie an den für sie relevanten Entscheidungsprozessen auf der Stufe ihrer Entwicklung partizipieren können. Oder anders formuliert: Kinder und Jugendliche erfahren ihr Quartier als integrationssichernd und identitätsstiftend in dem Maße, wie sie sich mit ihren Bedürfnissen und Interessen einzubringen vermögen und wie es ihnen erlaubt ist, dies zu tun. Das bedeutet zweierlei: (a) Der institutionelle und strukturelle Rahmen muss es ermöglichen, dass Kinder und Jugendliche ohne Zumutungen ihre Bedürf-

nisse und Interessen gemäß ihren Kompetenzen und Möglichkeiten artikulieren können. Das setzt voraus, dass sich die Institutionen und die Politik mit den Artikulationsformen von Kindern und Jugendlichen akzeptierend auseinandersetzen, wohl erkennend, dass diese Formen nicht immer den allgemeinen Erwartungen entsprechen.

- (b) Kinder und Jugendliche benötigen Hilfen, die es ihnen ermöglichen, sich mit Kompetenzen auszustatten, ihre Bedürfnisse zu erkennen und ihre Interessen gegenüber der Öffentlichkeit, den Institutionen, ja – der Erwachsenenwelt zu artikulieren. Das setzt eine soziale Arbeit voraus, die sowohl psychosoziale Kompetenzen vermittelt als auch soziale Strukturen und soziale Räume im Blick hat, die es zu verändern gilt, weil sie restriktiv auf die Entwicklung solcher Kompetenzen einwirken.

Zu (a) Wir alle haben gelernt, dass man sich verbal artikuliert. Wir finden in der Regel die verbale Bedürfnisartikulation besser als nicht-verbale Formen der Manifestation von Interessen.

Auch haben wir gelernt, gegenüber den Institutionen und gegenüber vor allem der Verwaltung uns an Regeln zu halten, die uns die Verwaltung vorgibt. Deshalb gehen wir nicht einfach in die Verwaltung und sagen, was wir wollen, sondern fragen, wer zuständig ist und wo wir das Antragsformular erhalten. Wenn wir Glück haben, können wir mit dem zuständigen Beamten reden, anderenfalls stellen wir einen Antrag, der wiederum auf seine Berechtigung hin geprüft wird.

Was aber, wenn Kinder und Jugendliche diese Sprache nicht beherrschen, ja auch die Form der verbalen Artikulation ihrem Alltag fremd ist?

Sie haben ein Interesse, das sie gern artikulieren würden, jedoch die entsprechenden Formen nicht beherrschen, die aber die Institutionen vorgeben.

Gerade Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Gebieten erfahren, dass sie nur dann und solange Akteure in ihrem sozialen Raum sein können, wenn und solange sie die dort geltenden Formen der Interaktion, der Auseinandersetzung und der Konfliktbearbeitung beherrschen und die sind in der Regel andere, als die, die wir als normal annehmen. Ihre Teilnahme an Entscheidungsprozessen setzt voraus, dass die Entscheidungsprozesse verändert werden, vor allem aber, dass die Zugangsvoraussetzungen zu diesen Entscheidungsprozessen nicht nur niedrigschwellig sein müssen, sondern auch andere Artikulationsformen zulassen müssen.

Niedrigschwelligkeit und Andersartigkeit bedeutet konkret, dass die Institutionen nicht nur kind- und jugendgerechte Formen der Beteiligung entwickeln müssen, sondern zusätzlich auch Formen entwickeln müssen, in denen benachteiligte Kinder und Jugendliche mit ihren vorhandenen Kompetenzen sich artikulieren können und in ihrer Interessenartikulation ernst genommen werden.

Möglicherweise brauchen wir Formen der Beteiligung im Vorfeld der institutionellen Entscheidungsprozesse. Die gibt es bereits, meine Skepsis diesen Formen gegenüber will ich nicht verschweigen. Sie dienen den Institutionen in der Regel zum Sammeln der notwendigen Informationen und befrieden im Nebeneffekt zugleich. Aktivierende Befragungen, Fotoalben, vom kinderfreundlichen Oberbürgermeister eröffnete Fotoausstellungen sind nur dann effektiv, wenn sie zur Aktivierung der Kinder und Jugendlichen beitragen und nicht zu deren Befriedung. Kinder und Jugendliche brauchen das Gefühl – wie die Erwachsenen auch, – dass sie gebraucht werden, als Experten gefragt werden. Sie brauchen das Gefühl, dass mit ihrer Hilfe etwas gemacht wird, und nicht für sie etwas initiiert wird. Sie brauchen das Gefühl, in der Art ihrer Artikulation verstanden zu werden, ohne dass es großer Übersetzungen bedarf, die doch wieder etwas anderes hervorbringen als sie möglicherweise gemeint haben.

Zu (b) Und trotzdem brauchen Kinder und Jugendliche gleichzeitig auch Hilfen. Und hier ist die soziale Arbeit gefordert. Sie brauchen VermittlerInnen, die zwischen den einen Entscheidungsträgern und den Kindern und Jugendlichen als weitere Entscheidungsträger vermitteln. In diesem Prozess der Vermittlung gelingt möglicherweise auch die Entwicklung von Empathie, die notwendig ist, den jeweils anderen in seinen Argumenten zu verstehen, wobei es erforderlich ist, dem anderen jeweils gegenüber verständlich machen zu können, was man will. Dazu bedarf es von beiden Seiten Kompetenzen. Und natürlich brauchen auch Kinder und Jugendliche sprachliche Kompetenzen, um sich verständlich zu machen, um Gründe zu nennen und andere Gründe zu verstehen. Der entscheidende Prozess ist nicht, dass die soziale Arbeit die Interessen ihrer Klientel artikuliert, sondern diese befähigt, sich selbst zu artikulieren. Dann kann die Fotosafari ein Vehikel dazu sein, aber sie kann nie das Ganze sein. Diskurse, in denen wir Gründe gegenseitig akzeptieren, warum wir etwas wollen und warum die anderen es auch wollen, nicht wollen oder sogar dagegen sind – Diskurse setzen Sprache voraus. Diese Sprache muss erworben werden

und diese Sprache benötigt man auch, um Wahrnehmungsfähigkeit zu entwickeln und zu differenzieren. Wir wissen aus der Forschung, dass die Differenzierung in der Wahrnehmung auch zu einer differenzierteren Sprache führt, und soziale Arbeit kann hier durch sozialpädagogische Interventionen diese Differenzierung zum Teil auch erreichen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Aspekt, artikulieren zu können, was man zunächst nicht kennt, aber kennen könnte, wenn man die Möglichkeit dazu hätte. Wünsche zu haben und zu äußern, die nicht unbedingt schon realisierbar sind aber zu einer Vorstellungswelt gehören, sind wichtige Entwicklungsschritte gerade im Kindesalter. Und Kinder artikulieren ja auch auf unterschiedliche Art ihre Wünsche, Träume und Hoffnungen, ohne schon nach ihrer Realisierbarkeit zu fragen. Diesen Prozess zu erkennen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, ist eine pädagogische Aufgabe, und Institutionen und Entscheidungsträger tun gut daran, sich dieser pädagogischen Kompetenz zu bedienen.

Aber natürlich ist Sprache nicht alles. Projekte, die vor allem im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfeplanung nach Bedürfnissen und Interessen von Kindern und Jugendlichen fragen, tun dies bereits mit sehr viel Phantasie. Denn verbal äußern und verbal äußern ist zweierlei. Der Spannungsbogen reicht vom standardisierten Fragebogen über die aktivierende Befragung, die Gruppengespräche bis zu Ausdrucksformen, die erst in Sprache übersetzt werden wollen.

Solche Projekte lassen erkennen, dass Kinder und Jugendliche durchaus in der Lage sind, sich zu artikulieren, wenngleich nicht immer so, wie es für die Institutionen und die Entscheidungsträger verstehbar sein sollte. Hier sind in der Tat Übersetzungsleistungen gefordert, die eben von der sozialen Arbeit als Vermittlungsinstanz zwischen dem Individuum und seinen Bedürfnissen und den Institutionen geleistet werden kann.

Wenn wir den Ansatz, Empowerment, nämlich an den Stärken der Kinder und Jugendlichen anzusetzen, ernst nehmen, anstatt nach ihren Defiziten zu suchen, und wenn wir diesen Ansatz auf die Kinder und Jugendlichen in ihrem jeweiligen Reifestadium übertragen, bedeutet dies, eben auf der Basis ihrer Möglichkeiten zu fragen, was können sie artikulieren und sich wünschen und was eben noch nicht.

Nur so wird Partizipation zur Ursache und zum Gegenstand von Identitätsentwicklung. Kinder und Jugendliche entwickeln ihre Identität im Schnittpunkt ihrer lebensgeschichtlichen, biographischen Entwicklung einerseits und der sozialen Handlungsräume anderer-

seits, in denen sie auf den jeweiligen Stufen agieren. Das bedeutet, dass sie – indem und weil sie teilnehmen und teilhaben an gesellschaftlichen Prozessen – ihre Identität sichern. So gesehen wird Partizipation zu einem konstitutiven Bestandteil von Sozialisation und setzt nicht Sozialisation voraus.

Aus dieser Sicht wären noch einige Gedanken anzuschließen, die sich mit den Sozialisationsmilieus des Quartiers beschäftigen.

Wie müßte eigentlich ein Sozialisationsmilieu aussehen, in dem Kinder und Jugendliche im Spannungsverhältnis von individueller Identitätssicherung und sozialer Integration Partizipation lernen? Sich mit Erfolg fragen zu können: „Wer bin ich im Verhältnis zu meiner Umwelt, zu den anderen meiner Bezugsgruppe und zu anderen Gruppen?“ setzt Teilhabe und Teilnahme an den dort relevanten Prozessen voraus. Um dies so abzusichern, bedarf es spezifischer Lernklimata, in denen man lernt. Dieses Lernen ist ein Lernen im öffentlichen Raum, kein Lernen in Institutionen, kein Lernen eines Individuums im Zuge seiner Ausbildung, sondern ein Lernen, das Öffentlichkeit und – wenn man so will – die Gleichheit von „Lernenden und Lehrenden“ voraussetzt. Im Vollzug der Teilnahme an Entscheidungsprozessen geht es schließlich nicht darum, den Kindern die Demokratie und die Spielregeln der Partizipation beizubringen, sondern sie mit ihnen gemeinsam zu praktizieren und sie im Dialog einzuüben, so dass sie die Chance haben, aus der Reaktion, die ihr Verhalten auslöst, zu lernen. Es bedarf eines kooperativen Lernklimas, in dem Kinder und Jugendliche sich zusammen mit Erwachsenen und Experten darüber verständigen, was geht und was nicht geht. Kinder und Jugendliche brauchen das Gefühl, dass auch die Erwachsenen lernen, dass es einen ganzheitlichen Verständigungskontext gibt, indem die Erwachsenen auch nicht schon alles Wissen parat haben und man von einander gegenseitig im Dialog lernt. Gegenseitig von einander lernen setzt voraus, dass man sich in die Argumente des anderen hineinversetzen kann, um sie zu begreifen. Was Kinder dabei lernen ist, Erwachsene zu verstehen, was Erwachsene lernen ist, Kinder zu verstehen und sich ihnen verständlich zu machen.

Das ist ein völlig anderes Lernparadigma als das, was Institutionen vermitteln oder voraussetzen und was Kinder kennen. Kinder und Jugendliche lernen hauptsächlich, wie man individuell lernt, weil man ja auch sein Leben als Individuum leben und behaupten muss. Alles Lernen ist auf individuelle Reproduktion hin ausgerichtet. Und Kinder und Jugendliche lernen überwiegend von Erwachsenen, zuneh-

ment im Kontext der peers², aber sie lernen weniger, Erwachsenen etwas zu erklären, damit diese etwas aus ihrer Sicht verstehen. Das ist aber eine zwingende Voraussetzung für gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen: dass man sich dem anderen verständlich macht – und das muss man lernen.

Wenn beide von einander lernen, schaffen beide eine Veränderung, die mehr ist als nur eine Veränderung ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber dem jeweils anderen. Im Grunde lernt die Gemeinschaft insgesamt, sie verändert sich als Ganzes. Beide entwickeln im Zuge ihrer Kooperation ihre Kompetenzen der Wahrnehmung, der Beurteilung, der Einsicht etc. Denn natürlich lernen die Individuen, aber sie lernen nicht nur als Individuen, sondern als Mitglieder einer wie auch immer gearteten Kooperation, die an der gemeinsamen Bearbeitung gemeinsamer Interessen und der gemeinsamen Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse orientiert ist. Erwachsene müssen sich die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu eigen machen können. Wenn das gelingt, entsteht auch ein Rückwirkungsprozess derart, dass Kinder und Jugendliche disponent sind, auch die Erwachsenen zu verstehen. Dann stellt sich Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen nicht mehr nur dar als die Artikulation von Interessen und Bedürfnissen gegenüber denen, die sie verantwortlich befriedigen oder realisieren, sondern als ein Prozess, in dem alle an allen Entscheidungen und Prozessen beteiligt sind, weil alle ihren Nutzen davon haben. Warum fragen wir Kinder und Jugendliche immer nur, was sie brauchen und welche Interessen sie haben und fragen sie nicht auch, ob es sinnvoll ist, dass die Erwachsenen einen Tennisplatz benötigen und die Erwachsenen müssen dies im Dialog begründen?

Fazit

Wenn wir über Partizipationsformen von Kindern und Jugendlichen nachdenken, muss dies im Kontext der Beziehung von Partizipation, sozialer Integration und Identität geschehen. Nur vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass auf allen Stufen der psychosozialen Reifung, der Identitätsentwicklung und der kognitiven Kompetenzentwicklung Formen der Partizipation bei Kindern und Jugendlichen denkbar sind.

Die Teilnahme an einer sozialen Öffentlichkeit ist entscheidend und nicht nur die politische Partizipation im institutionellen Sinne. Selbst da kann man darüber nachdenken, ob in bestimmten Formen der politischen Willensbildung Jugendliche mit einbezogen werden – was ja auch schon gemacht wird. Der Raum

der sozialen Öffentlichkeit ist dabei das Wohnquartier, die Lebenswelt mit ihren unmittelbaren Bezügen und Handlungskontexten.

Unsere Formen der Partizipation, auch der informellen Formen, sind sehr stark geprägt von der argumentativen und damit verbalen Auseinandersetzung und Begründung in Diskursen. Dies ist sicher wichtig und muss auch gelernt werden. Davor und daneben müssen wir die Anstrengung unternehmen, auch solche Formen zu akzeptieren und zu transformieren, die sich zunächst dieser argumentativen Auseinandersetzung entziehen – warum auch immer: ob aus Inkompetenz oder aus strategischen Überlegungen heraus.

Darüber hinaus brauchen wir ein anderes Lernklima oder Sozialisationsmilieu, das sicherstellt, dass Partizipation eine Form der Identitätssicherung und der sozialen Integration gleichermaßen wird und nicht nur als deren Voraussetzungen und Folgen bezeichnet wird. In der Konsequenz bedeutet das, dass der öffentliche Diskurs über Belange des Gemeinwesens nicht nur auf der Ebene der Beteiligung nur der Gruppen geführt wird, die von bestimmten Interessen geleitet sind oder von Prozessen betroffen sind, sondern zum konstitutiven Bestandteil der öffentlichen Dialoge wird, an denen sich alle beteiligen können, weil alle etwas zu allen Fragen des Gemeinwesens sagen können und alle von allen lernen können und verstehen müssen, was jeweils andere wollen – was die Kinder und Jugendlichen wollen und was Erwachsene wollen, was Institutionen wollen und was die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers wollen! Dies erfordert eine andere Lernkultur, eine andere Dialogkultur als die, die wir bislang kennen und die auf die Erfordernisse individueller Reproduktion ausgerichtet ist und nicht auf die Sicherstellung eines guten Gemeinwesens.

² Peer-Group:

Bezugsgruppe eines Individuums, die aus Personen gleichen Alters, gleicher oder ähnlicher Interessenlage und ähnlicher sozialer Herkunft besteht und es in bezug auf Handeln und Urteilen stark beeinflusst.

Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung von Wohnquartieren – das Beispiel Kinderhaus Weimar

Kinderhaus Weimar – Ein Konzept für eine gemeinwesenorientierte offene Kinder- und Jugendarbeit in der Nordvorstadt von Weimar

Wer sind wir?

Die Kindervereinigung Weimar ist anerkannter und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Weimar, eingetragener Verein und als gemeinnützig anerkannt. Die Tätigkeit des Vereins ist darauf ausgerichtet, Kinder und Jugendliche in ihrer Subjektposition zu fördern, Kinderinteressen öffentlich zu machen, zu vertreten und eine Lobby für Kinder zu schaffen.

Das Kinderhaus befindet sich im Weimarer Schlachthofviertel und arbeitet vorrangig stadtteilbezogen und gemeinwesenorientiert. Es bezieht nach Möglichkeit Eltern und AnwohnerInnen des Stadtviertels intensiv in die Arbeit mit ein. Durch regelmäßige Elterngespräche und –abende zu bestimmten Themen ist die Voraussetzung für eine gemeinsame Arbeit gegeben. Es werden Feste organisiert, bei denen AnwohnerInnen, Eltern sowie die Kinder und Jugendlichen gemeinsam an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt sind. Eltern helfen bei Renovierungsarbeiten, nehmen an Wochenendfahrten bzw. gemeinsamen Aktionen teil und finden bei Problemen und Sorgen immer ein offenes Ohr.

Es gibt kein Alter, in dem alles so irrsinnig intensiv erlebt wird, wie die Kindheit. Wir Großen sollten uns daran erinnern, wie das war.

Astrid Lindgren

Das Kinderhaus arbeitet familienergänzend und versucht, Defizite im familiären Bereich auszugleichen. Für viele Kinder und Jugendliche stellt die Einrichtung eine Art Ersatzfamilie dar, mit all ihren Funktionen, wie Aufmerksamkeit bekommen, trösten, Probleme bewältigen. Die Kinder und Jugendlichen werden im Kinderhaus ernst genommen und in ihrer Entwicklung gefördert, unterstützt und haben feste Bezugspersonen. Das Beziehungsangebot ist eines der wichtigsten Bestandteile der Arbeit im Kinderhaus. Cliquenarbeit und Einzelfallhilfen, Arbeit mit aggressiven Kindern und straffällig gewordene Jugendliche sind letztendlich nur über Beziehungsarbeit realisierbar.

Personelle Struktur

- 2 feste Vollzeit-Stellen, kommunale Förderung nach Jugendförderplan
- 1 SAM-Stelle, 1 ABM-Kraft
- 2 Honorarkräfte, 1 Praktikantin
- 3 Ehrenamtliche

Finanzierungsstruktur

- Kommunale Förderung
- Stiftungen u.ä.
- Spenden
- Eigenmittel
- Arbeitsamt, GfAW
- Bußgeldzuweisungen

Die Einrichtung verfügt über ein komplett eingerichtetes Fotolabor, ein Kinderatelier für kreative Angebote und eine Kinderwerkstatt für handwerkliche Tätigkeiten. Außerdem bietet das Haus mittlerweile auch sehr gute sanitäre Einrichtungen, mit Möglichkeiten zum Duschen und im Bedarfsfall auch einmal zum Wäsche waschen. Ergänzt werden die räumlichen Voraussetzungen durch eine zum Kinderhaus gehörende Freifläche mit Spielgeräten und dem direkt anliegenden Spielplatz am Spitalweg, der sehr gute Bedingungen für die Kinder des Stadtteils bietet.

Zielgruppen des Kinderhauses

- Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien
- SchülerInnen einer Förderschule für Lernbehinderte
- Hauptaltersgruppe: 4 bis 12 Jahre
- Kerngruppe: ca. 40 Kinder und Jugendliche plus eine Vielzahl an SpontanbesucherInnen

Die Angebote des Kinderhauses richten sich primär an den Interessenlagen der Kinder im Alter von 4 bis 13 Jahren aus. Adäquate Angebotsstrukturen für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren befinden sich im Aufbau.

Im Kinderhaus werden fast ausschließlich Kinder und Jugendliche aus der sogenannten sozialen Randschicht betreut. Soziale Randschicht bedeutet in vielen Fällen, dass im Regelfall erhebliche Defizite im familiären bzw. sozialen Umfeld zu verzeichnen sind: Finanzielle Probleme durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alkoholprobleme, Gleichgültigkeit, Gewalt usw. Die bereits begrenzten Lebensräume der Kinder und Jugendlichen werden zusätzlich minimiert; das Freizeitverhalten ist oftmals weniger am Spaß und spielerischen Lernen bzw. Erfahren, sondern am „Überleben“ ausgerichtet. Einige Kinder müssen schon sehr früh wichtige

Funktionen in der Familie übernehmen und haben „zum Kind sein“ nur wenig Gelegenheit. In den vergangenen Monaten ist zu verzeichnen, dass immer mehr Familien mit bis zu 5 Geschwisterkindern das Haus täglich aufsuchen, im Regelfall ist hier die Mutter alleinerziehend. Hier herrschen im Kontext von sozialen Problemlagen gerade auch im familiären Zusammenhang massive Probleme vor, welche dringender Unterstützung im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit dem ASD des Kinder- und Jugendamtes bedürfen.

Neben den regelmäßig das Kinderhaus aufsuchenden BesucherInnen hat sich mit verschiedenen Schulen eine feste Zusammenarbeit entwickelt, indem z.B. regelmäßig Schulklassen zur Wahrnehmung kreativer Angebote, Theaterworkshops und dem Angebot von Zukunftswerkstätten das Haus aufsuchen.

Zielsetzungen der Arbeit im Kinderhaus

Spricht man allgemein bei Kindern und Jugendlichen in der modernen Gesellschaft von familiär und gesellschaftlich bedingter Orientierungslosigkeit und mangelnden Konfliktlösungsmöglichkeiten, so sehen wir uns in unserer Arbeit dementsprechend mitunter mit Hoffnungslosigkeit und totaler Verweigerung konfrontiert, zumal viele der kleinen BesucherInnen des Kinderhauses eine Förderschule besuchen, was verbunden mit den fehlenden Handlungsstrategien – gerade auch der Eltern – in bezug auf Ausbildung, Beruf und persönlicher Zukunft reale Chancen weiter verringert.

Zielsetzungen

- Soziale Handlungsstrategien und -fähigkeiten werden gefördert bzw. gebildet
- Kinder- und Jugendliche entdecken und entwickeln ihre Fähigkeiten
- Austragung des Generationskonflikts mit adäquaten Mitteln – gleichberechtigt
- Entwicklungstypisches Erleben von Kindheit und Jugend
- Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und gemeinsam nutzen
- Selbstwertgefühl entdecken und entwickeln
- Toleranz und Akzeptanz gegenüber Anderem bzw. auch Fremden als Normalität
- Abbau von Ausgrenzung und Stigmatisierung – Interessenvertretung
- Freiräume für Kindsein – Glückliche sein schaffen
- Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen gemeinsam suchen und aufbauen
- Stärkung des Individuums

Das Stigma der sozialen Randständigkeit ist allgegenwärtig und wird von außen immer wieder spürbar auf die Kinder projiziert. Wir wollen mit unserer Arbeit den Kindern und Jugendlichen vorleben, dass es auch eine andere Realität gibt, eine Realität, die die Kinder mit ihren Ängsten und Sorgen ernst nimmt.

Partizipation und Beteiligung als Leitprinzip

Die inhaltlichen Säulen der Kinderkulturarbeit und die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bestimmen das Konzept. Feste Kursangebote mit offenem Charakter sind auf die Bedürfnisse orientiert. Es gibt in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe verschiedener fester Angebote und kinderultureller Veranstaltungen und Feste.

Partizipation der Kinder, Jugendlichen und Eltern über

- Kindercafé
- Elterncafé
- Mecker-Traum-Mitmach-Treff
- Zukunftswerkstatt

Der Begriff Bedürfnisorientierung impliziert eindeutig, dass Kinder und Jugendliche intensiv in der Arbeit, ganz besonders aber auch bei der Entwicklung bedarfsgerechter Angebote eingebunden sein müssen. Partizipation findet im Kinderhaus auf vielfältige Weise statt. Sei es durch die Mitbestimmung in der Theaterarbeit, das flexible Reagieren auf Wünsche für spezielle Angebote, das Ernstnehmen von Problemen etc.

Kindercafé

Im Kinderhaus ist Partizipation durch das mittlerweile zur Tradition gewordene „Kindercafé“ zu einer festen inhaltlichen Säule geworden. Hier können innerhalb eines mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam aufgestellten Regelwerkes Probleme angesprochen, Wünsche und Ideen eingebracht, sowie auch Kritiken konstruktiv diskutiert werden. Wichtig ist hierbei, dass die Kinder und Jugendlichen merken, dass sie ernst genommen werden und auf ihre Vorschläge auch im Rahmen der Möglichkeiten reagiert wird.

Elterncafé

Parallel zum „Kindercafé“ gibt es einmal monatlich im Kinderhaus ein „Elterncafé“, wodurch Kontakte zu den Eltern erhalten bleiben

bzw. intensiviert werden, die Eltern die Möglichkeit haben, auch ihre Sorgen und Nöte außerhalb von Einzelgesprächen diskutieren zu können. Dies ist als Möglichkeit der Partizipation und Beteiligung für die Eltern zu verstehen und ein wichtiger Ansatzpunkt für einen ganzheitlichen Hilfeprozess für die Kinder und Jugendlichen. Aktuelle Themen sind z.B. die Entwicklung von Hilfen im Rahmen der häuslichen Erziehung.

Mecker-Traum-Mitmach-Treff

Aus dem Kindercafé heraus hat sich in der Zwischenzeit ein neues und grundsätzlich eigenständiges Projekt entwickelt, der „Mecker-Traum-Mitmach-Treff“. Aufgrund der Erfahrungen im Rahmen des Kindercafés stellte sich für uns die Aufgabe, eine Möglichkeit zu schaffen, in dem wir unter aktiver Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an die Bedürfnisse und aktuellen Problemlagen anknüpfende Themenschwerpunkte gezielt bearbeiten konnten. Mittels der verschiedensten Methoden (Theater, Spiel etc.) wird hier am Hauptziel, der Vermittlung sozialer Handlungsstrategien und der Bearbeitung latenter Konflikte, darauf aufgebaut, dass die Kinder und Jugendlichen ihre eigenen Probleme am besten kennen und in den eigenen Reihen auch Potenzial vorhanden ist, hier Lösungsstrategien zu entwickeln. Erwachsene agieren primär als Moderatoren und Begleitung. Themen sind unter anderem Gewalt, Drogen, Familie, Liebe etc. Dieses Projekt findet zweimal wöchentlich statt.

Aktivitäten und Angebote

- *Offene Kinder- und Jugendarbeit:*
Feste Bestandteile sind erlebnis- und freizeitpädagogische Angebote, wie z.B. einmal wöchentlich einen Erlebnistag, Schlauchboottouren, Erlebniswanderungen, Klettertouren, Wochenendfahrten und Sportangebote. Hier stehen Grenzerfahrungen und das Austesten bzw. Erleben der eigenen Fähigkeiten und das Gruppenerleben im Vordergrund.
- *Kreative Angebote, Werkstatt:*
Unter fachlicher Anleitung können Kinder und Jugendliche handwerkliche Arbeiten mit Holz, Metall und anderen Werkstoffen durchführen, mit Farben und verschiedensten Materialien umgehen: Batiken, Seidenmalerei, Zeichnen, Töpfern, Drucken und im Fotolabor experimentieren. Die Kinder und Jugendlichen können bei diesen Angeboten ihre sensomotorischen Fähigkeiten schulen, Phantasie und Kreativität ausleben, sich in der Gruppe künstlerisch betätigen und nach

eigenen Ideen und Vorstellungen gestalten.

- *Theaterarbeit:*
Ziele sind hier unter anderem die Intensivierung der Gruppenstrukturen, das Erlernen bzw. Schulen von alternativen Ausdrucksformen und Handlungsstrategien, die Förderung kognitiver, intellektueller und rhetorischer Fähigkeiten, der Abbau von Ängsten und Minderwertigkeitsgefühlen sowie die Schaffung von für die individuelle Entwicklung so wichtigen Erfolgserlebnissen.
- *Ferienbetreuung und Ferienfreizeit:*
Hier können die Kinder und Jugendlichen in ihrer „Ersatzfamilie“ bei gemeinsamen Aktivitäten Beziehungen aufbauen und Ferien erleben, wie sie ihnen im Familienalltag im Regelfall verwehrt bleiben. Für viele der Kinder oftmals die einzige Möglichkeit, einen unbeschwerten Urlaub zu erleben und aus ihrem „grauen Alltag“ herauszukommen.
- *Kinder- und Jugendaustausch mit Polen – Krakmar:*
Konkrete Inhalte sind hierbei unter anderem ein gemeinsames Theaterprojekt, gemeinsame Ferienfreizeiten, gegenseitige Besuche zum fachlichen und kulturellen Austausch, ein Ökologieprojekt, Projekt „Wozu sind Kriege da?“ etc.
- *Projektwochen zu aktuellen Themen*

Das individuelle soziale Umfeld und die spezifischen Familienverhältnisse der Kinder und Jugendlichen machen es dringend erforderlich, dass man mit ihnen gemeinsam neue Beziehungen aufbaut, alternative Freizeitmöglichkeiten erschließt, sie mit ihren Bedürfnissen und Problemen ernst nimmt bzw. für sie da ist und ihnen das Gefühl gibt, jemand zu sein. Für den Aufbau von Beziehungen bedarf es jedoch intensivster Arbeit über einen längeren Zeitraum.

Vernetzung

Im Kontext sich verschärfender sozialer Problemlagen und im Zuge der Budgetierung immer knapper werdender finanzieller Ressourcen im Jugendhilfebereich ist es unabdingbar, dass die verschiedenen Institutionen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eng zusammenarbeiten, sei es, um vorhandene Ressourcen besser nutzen zu können, fachliches Know-How auszutauschen, gemeinsame Aktionen durchzuführen oder einfach nur Erfahrungen und Probleme miteinander besprechen zu können.

Hier hat sich in der Vergangenheit eine gute Zusammenarbeit mit den Weimarer Kinder- und Jugendeinrichtungen etabliert, welche

nicht nur aus regelmäßigen Beratungen, sondern auch aus einer ganzen Reihe von gemeinsamen Aktionen (Jugend-Cool-Tour, Kletterfreizeiten), bis hin zur Einrichtung eines gemeinsamen Materialpools einiger Einrichtungen besteht. Sehr gute Erfahrungen konnten in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Arbeitsamt, dem Kinderbüro der Stadt Weimar und weiteren für die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Weimar bzw. in unserem Stadtviertel wichtigen Partnern (Wohndasein, Schulen und Kindergärten, Frauenzentrum) gemacht werden.

Ausblick

In den vergangenen Jahren hat sich das Kinderhausteam zu einer festen und verlässlichen Größe im Bereich der Weimarer Kinder- und Jugendhilfearbeit entwickelt. Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet, ein permanentes Reagieren auf aktuelle Problem- und Bedürfnislagen junger Menschen, verbunden mit einer breit gefächerten Angebotspalette, um mit Defiziten arbeiten bzw. Fähigkeiten fördern zu können, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten aufzuzeigen und eine Lobby für die jungen Mitglieder der Gesellschaft zu sein. Qualitätssicherung heißt aber auch, vorhandene Ressourcen sinnvoll zu nutzen, denn engagierte Kinder- und Jugendarbeit kann auch schnell an eigene Grenzen führen. Selbstevaluation und kritisches Hinterfragen der eigenen Arbeit muss permanent realisiert werden, um einen Qualitätsanspruch auch langfristig durchsetzen zu können.

Kontakt:

Kinderhaus Weimar e.V.
Eduard-Rosenthal-Straße 10
99 423 Weimar
Andreas Keune, Telefon 03643/20 29 02
Internet: www.kinderhaus-weimar.de

Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen in Agenda 21-Prozessen, am Beispiel der Stadt Erfurt

Im Jahr 1998 erklärte der Erfurter Stadtrat seinen politischen Willen zur Teilnahme der Landeshauptstadt Erfurt an der „Lokalen Agenda 21“. Dies bedeutete u.a. für die Erarbeitung eines Konzeptes zur nachhaltigen, zukunftsbeständigen Entwicklung der Landeshauptstadt Erfurt die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit aus der Erfurter Bürgerschaft.

Ende der 90er Jahre wurden mit Bürgerinnen und Bürgern zu unterschiedlichen Themenbereichen in Erfurt Bürgertische veranstaltet. Im Ergebnis entstand ein Diskussionspapier zu Leitzielen einer künftigen Stadtentwicklung.

In allen Bürgertischen, unabhängig davon ob zu den Feldern Gesundheit und Soziales, Kultur und Bildung, Bauen oder Wirtschaft, wurde viel über Kinder und Jugendliche geredet. Nach ihrer eigenen subjektiven Sicht, den eigenen Problemen und Wünschen für eine künftige Entwicklung der Stadt, des Lebens in der Stadt wurden Kinder und Jugendliche bis dahin jedoch selbst nicht befragt.

Neu war die Idee der Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht, wir haben sie wieder aufgegriffen und uns davon leiten lassen, dass im Dokument der Agenda 21, im Artikel 25 geschrieben steht:

„Die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mit entscheidend für einen langfristigen Erfolg ...“

In der Stadt Erfurt wurde der Prozess der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über unterschiedliche Stufen, Methoden und Formen initiiert. Die erste Konzeptidee entstand in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt und dem Verein Arbeit und Leben e.V. Der Verein führte die Lernwerkstätten, Zukunftswerkstätten und die ersten Kinder- und Jugendstammtische durch. Die Ausstellung „Guten Tag, Zukunft“ wurde durch die Kinder selbst vorbereitet, organisiert und eröffnet, unterstützt von den MitarbeiterInnen des Stadtentwicklungsamtes. Bei den nachfolgenden gemeinsamen Stammtischen und Arbeitstreffen wurden die Kinder insbesondere durch eine Studentin der Universität Erfurt, Fachbereich Umweltpädagogik betreut. Der Workshop „Mitreden, Mitplanen, Mitumsetzen“ wurde von



einem Planungsbüro moderiert und dokumentiert.

Wichtig war und ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit, die auch die Kinder und Jugendlichen anspricht bzw. in der sie sich selbst wiederfinden.

Im Gesamtprozess der Beteiligung wurden die Kinder und Jugendlichen insbesondere über die Schulen, SchulleiterInnen und SchülersprecherInnen erreicht. Zu den einzelnen Veranstaltungen wurden Einladungen an alle Kinder und Jugendlichen, die schon einmal teilgenommen hatten (Anwesenheitslisten mit Adressen und Handynummern), versandt.

Zu den Ergebnissen des bisherigen Beteiligungsprozesses gehören umfangreiche Kurz- und Langdokumentationen über Prozessabschnitte und/oder deren Ergebnisse. Insbesondere enthalten sie eine Zusammenstellung aller durch die Kinder und Jugendlichen erarbeiteten Stärken und Schwächen der bisherigen Entwicklung. Sie zeigen ihre Wünsche und Visionen für eine künftige Entwicklung auf und enthalten teilweise konkrete Vorschläge für die Umsetzung in der Praxis.

Zielstellung der Dokumentationen ist es, Fachplanern, Politikern und anderen Entscheidungsträgern Anregungen für eine offene Beteiligung der Kinder und Jugendlichen schon in der Planungsphase zu geben.

Ein weiteres Beteiligungsergebnis war die Einarbeitung der Wünsche und Visionen der Kinder und Jugendlichen in die Leitziele eines Konzeptes zur nachhaltigen, zukunftsbeständigen Entwicklung der Stadt Erfurt.

Und natürlich sind in dieser Zeit eine ganze

Reihe von Projektideen entstanden, welche relativ kurzfristig gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden konnten.

Die mangelnde Akzeptanz der Anliegen und Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen war eine der Schwierigkeiten im Prozess. Teilweise fehlte die Bereitschaft der Erwachsenen, sich die Meinungen der Kinder anzuhören oder sie zu erfragen, sie ernst zu nehmen und eine wirkliche Beteiligung über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, mit allem damit zusammenhängenden Mehraufwand, tatsächlich zu wollen. Und für die Kinder war ein nicht sofort sichtbarer Erfolg und eine zu langwierige Projektumsetzung teilweise unverständlich.

Das Stadtentwicklungsamt initiierte den Beteiligungsprozess im Rahmen des Lokalen Agenda 21 Prozesses in Erfurt. Für einzelne Teilprojekte wurde die Finanzierung über Agenda-Fördermittel, die jährlich im Haushalt der Stadt Erfurt eingestellt werden, abgesichert. Darüber hinaus werden bei Projekten, die in irgendeiner Form die Interessen von Kindern und Jugendlichen tangieren, andere finanzielle Quellen erschlossen. Als Beispiel wäre hier das Projekt „Soziale Stadt“ als eine Möglichkeit zu nennen.

Im Fazit ist ein langfristiger Erfolg nur gewährleistet, wenn die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht nur Aufgabe eines Amtes oder eines Vereins ist, sondern als ein interdisziplinärer Prozess, losgelöst von einseitigem Strukturdenken gestaltet wird. Dabei ist die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht an vorhandenen oder fehlenden finanziellen Mitteln festzumachen, sondern bedeutet zuerst Umdenken in den Köpfen der Erwachsenen.

Mit der Erarbeitung einer Stärken- und Schwächenanalyse und der Formulierung von Wünschen und Visionen für die künftige Entwicklung der Stadt Erfurt aus Sicht der Kinder und Jugendlichen und mit der Einarbeitung der Ergebnisse in die Leitziele der künftigen Stadtentwicklung und später in den Maßnahmenkatalog als Bestandteile des Stadtentwicklungskonzeptes, war die Aufgabe einer Beteiligung der Kinder und Jugendlichen im Sinne der Lokalen Agenda 21 für die Abteilung Stadtentwicklung vorerst abgeschlossen.

Das heißt aber nicht, dass der Beteiligungsprozess der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Erfurt damit zu Ende war.

Heute kann festgestellt werden, dass mit der Initiierung der Erfurter Lokalen Agenda 21 in Bezug auf die Beteiligung der Bürgerschaft und dabei insbesondere der Kinder und Jugendlichen eine neue Qualität erreicht worden ist.

Das Projekt der Beteiligung ist als Prozess zu gestalten, der heute in Erfurt unter dem Motto

„Mitreden, Mitplanen, Mitumsetzen“ weitergeführt wird. Gegenwärtige Aktivitäten sind stadtteilbezogene Kinder- und Jugendstammtische, in denen Stärken und Schwächen des Schul- und Wohnumfeldes selbst erarbeitet und daraus Projektideen abgeleitet werden. Gleichzeitig werden Verfahren entwickelt, wie die Kinder und Jugendlichen an der Umsetzung dieser Projektideen mitwirken können. Laufende Projektbeispiele hierfür sind die Erarbeitung eines Erfurter Kinderstadtplanes, ökologische Schulhofgestaltung, Radwegeprojekte oder Kinderstadtteilrallyes.



Den Kindern und Jugendlichen sollte Verantwortung übertragen werden, d.h. sie sollten selbst gestalten, moderieren oder Themen festlegen und am Ende selbst mit anpacken. Nur so ist eine wirkliche Einbindung in Umgestaltungsprozesse und deren langfristiger Erfolg zu erwarten.

Kontakt:

Stadtverwaltung Erfurt, Abteilung Stadtentwicklung, Fischmarkt 11, 99 084 Erfurt
Sylke Osterloh, Telefon 0361/6551481
Internet: www.erfurt.de

Bürgerbeteiligung bei der Stadtteilentwicklung – das Beispiel Berlin-Moabit

Moabit West – ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf

Der Stadtteil Moabit liegt im Bezirk Berlin-Mitte. Der Bezirk Berlin-Mitte wurde nach der Wende aus einem Ost und zwei West-Bezirken neu zusammengefügt: Mitte-Alt, Wedding und Tiergarten. Insgesamt leben etwa 320.000 Menschen im Bezirk, davon entfallen ca. 70.000 EinwohnerInnen auf den Stadtteil Moabit. Bedingt durch die umgebenden überörtlich relevanten Verkehrswege (zwei Wasserstraßen, ein Eisenbahnareal, ein Autobahnzubringer) befindet sich Moabit in einer innerstädtischen Rand- bzw. Insellage. Vor diesem Hintergrund hatte der Stadtteil in den letzten 10 Jahren kaum eine eigenständige Entwicklung zu verzeichnen. Die fehlende innere Entwicklung hat zu einer erheblichen Bevölkerungsfuktuation mit leicht rückläufigen Bevölkerungszahlen geführt. Bes-

Moabit, ein Stadtteil in **Berlin-Mitte**
Bezirk Mitte: ca. 320.000 EinwohnerInnen
Mitte-Alt

- „Hauptstadtboom“
- Regierungsviertel

Wedding und Tiergarten: Moabit

- Strukturwandel Industrie – Dienstleistung
- direkte Nachbarschaft von Wohn- und Industriearealen
- hohe Bevölkerungsfuktuation
- verstärkt Zuzüge von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- hohe Arbeitslosenquote

serverdienende Bevölkerungsschichten wandern ab und sozial benachteiligte Bewohnergruppen ziehen verstärkt in das Quartier. Eine hohe Arbeitslosenquote von über 20 % und ein hoher Anteil an Haushalten, die Transferleistungen beziehen, haben in Moabit zu sozial problematischen Strukturen geführt. Über ein

Stadterneuerung / Soziale Stadt

- Moabit: 70.000 EinwohnerInnen
- Sanierungsgebiet Beusselstraße und Stephankiez
 - Milieuschutzgebiet Huttenkiez, Erneuerungsgebiet Lehrter Straße.
 - Quartiersmanagement Moabit-West

Drittel der Bevölkerung ist nichtdeutscher Herkunft, bei den Jugendlichen unter 27 Jahren liegt der Anteil sogar bei 45 %.

Zur Verminderung einer weiteren sozialstruk-

turellen Entmischung der Wohnbevölkerung und zur Stabilisierung der Gebietsentwicklung wurde der Stadtteil Moabit in das Stadterneuerungsprogramm der Stadt Berlin aufgenommen. Zu den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf gehören in Moabit-West die Sanierungsgebiete Beusselstraße, Stephankiez, das Milieuschutzgebiet Huttenkiez und das Erneuerungsgebiet Lehrter Straße. Seit 1999 wird mit Mitteln aus dem „Soziale-Stadt-Programm“ zudem in Moabit-West ein Quartiersmanagement aufgebaut.

Zu den Aufgaben eines Quartiersmanagements gehört:

- Der Aufbau von Arbeits- und Vernetzungsstrukturen auf der Stadtteilebene
- Die Motivation von Akteuren im Gebiet
- Die Entwicklung und Umsetzung von (schnell zu realisierenden) Projekten
- Die Erarbeitung und Verabschiedung eines Strategieprogramms für das Gebiet und den Programm-Zeitraum.

BürgerInnenbeteiligung in Moabit

Seit über 10 Jahren unterstützt der Moabiter Ratschlag e.V. Bürger und Bürgerinnen, die sich in die Planungen, die ihren Stadtteil betreffen, einmischen wollen. Der Moabiter Ratschlag ist ein Stadtteilverein, der 1990 aus einer Bürgerinitiative hervorgegangen ist und mittlerweile 21 MitarbeiterInnen an sechs Standorten in Moabit beschäftigt. Der Verein organisiert zum einen Beteiligungsverfahren und zum anderen tritt er auch als Projektträger auf. Aufgrund der langjährigen Stadtteilarbeit ist ein enges, vielschichtiges Netz aus Arbeitskontakten entstanden. Zu den KooperationspartnerInnen gehören:

- **Auf Stadtteilebene**
Betroffenenräte, BewohnerInnengruppen, Bürgerinitiativen, Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, soziale Projekte und kirchliche Einrichtungen
- **Auf der Verwaltungsebene**
Jugendhilfeplanung, Jugendförderung, Spielplatzkommission, Plan- und Leitstelle Gesundheit, Umweltamt, Schulamt
- **Auf der Politikebene**
Bezirksverordnete, Ausschüsse, Fraktionen, Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Zielsetzung

„Das zielorientierte Zusammenwirken von Betroffenen, Verwaltung und sozialen Dienstleistern ist die Basis für die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen und die Erschließung alternativer Möglichkeiten“

Moabiter Ratschlag e.V.

Moabiter Ratschlag e.V. – Tätigkeitsfelder und Projekte

Tätigkeitsfelder und Projekte	Kooperation mit
<ul style="list-style-type: none"> ■ Bürgerbeteiligung ■ Gemeinwesenarbeit ■ Soziale Stadtteilentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Stadtplanungsamt
<ul style="list-style-type: none"> ■ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen im Stadtteil 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jugendförderung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Freizeitangebote im Schulgarten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jugendförderung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Interkultureller Mädchen-Kultur-Treff Dünja 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jugendförderung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kiez-Werk Beschäftigung und Qualifizierung im Stadtteil 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sozialamt (ESF, BA)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Nachbarschaftshaus Rostocker Straße 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verband für sozialkulturelle Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> ■ Schulstation Richard-Schröter-Grundschule 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Schulamt

In den vergangenen Jahren wurden zu vielen Themen öffentliche BürgerInnenversammlungen organisiert. Heute stehen eher aktivierende Methoden, wie z.B. planning for real im Vordergrund. Neuere Beispiele der Bürgerbeteiligung sind die Umgestaltung eines öffentlichen Platzes, die Initiierung des Baus einer Kletterwand von SchülerInnen auf einem Spielplatz, die Unterstützung des Betroffenenrates beim Konflikt um eine Platzumgestaltung oder die Unterstützung von AnwohnerInnen einer Großbaustelle zur Durchsetzung von Mietminderung.

Institutionalisierte Bürgerbeteiligung in den Sanierungsgebieten

Aufgrund der langen Tradition der Stadtteilarbeit in Moabit bestehen heute verschiedene Formen einer institutionalisierten Bürgerbeteiligung. Der Aufbau dieser Arbeits- und Entscheidungsstrukturen wird durch das Quartiersmanagement gefördert, unterstützt durch den Moabiter Ratschlag. Dazu gehören:

- Der Betroffenenrat setzt sich aus AnwohnerInnen zusammen, ist Teil des Sanierungsbeirats und wird auf 3 Jahre gewählt. MitarbeiterInnen des Moabiter Ratschlages beraten und begleiten die ehrenamtlich tätigen Betroffenenräte auf die Versammlungen in den Sanierungsgebieten. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, die Sanierungsbeiräte treffen sich viermal im Jahr.
- Öffentliche Veranstaltungen und Versammlungen mit allen Beteiligten, Betroffenen, Interessierten, Institutionen, kommunalen Fraktionen, der Presse u.a. finden monatlich

Stichwort: Quartierfonds

„Die Erfahrung mit der Vergabe eines kleinen Verfügungsfonds durch Gremien, die mehrheitlich durch BewohnerInnen, Gewerbetreibende und Fachleute aus den Quartieren besetzt sind, lassen es angebracht erscheinen, jedem Quartier einen Quartierfonds zur Verfügung zu stellen, über den diese Gebietsakteure selbständig verfügen können. Das Abgeordnetenhaus hat dem Senator für Stadtentwicklung dazu für die Jahre 2001 und 2002 Mittel bewilligt. ... In den Quartieren werden geeignete Vergabe-Verfahren entwickelt, die garantieren sollen, dass sich viele Menschen direkt in die Gestaltung ihrer Lebens- und Umwelt einbringen.“

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

bis vierteljährlich statt. Zu den Aufgaben zählen die Weitergabe von Informationen, Beratungen und bei Bedarf auch das Treffen von Entscheidungen.

- Stadtteilstefest, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen fördern nachbarschaftliche Kontakte.
- Die regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung (Moabit – Tiergarten – Mitte) informiert alle BürgerInnen über den Stand der Sanierungsmaßnahmen, über Projekte, Versammlungen, aktuelle Themen und AnsprechpartnerInnen im Gebiet.
- Aktivierende Gemeinwesenarbeit, Planning for Real, Planungsworkshops zur Entwicklung neuer Gestaltungsideen für den Stadtteil.
- Im Stadtteilplenum Moabit West sind der Betroffenenrat und das Quartiersmanage-

ment in Absprache mit dem Stadtplanungsamt organisiert. Einmal im Monat kommen ca. 50 TeilnehmerInnen aus dem Stadtteil, der Verwaltung und Politik zum Informationsaustausch zusammen. Nach Bedarf werden temporäre Arbeitsgruppen gebildet.

- Entwicklung eines Vergabe-Verfahrens für die Mittel aus dem Quartierfonds über ein BewohnerInnen-Gremium. Der Berliner Senat stellt Fördermittel in Höhe von 1 Mio. DM für zwei Jahre zur Verfügung, das die Akteure im Quartier selbständig verwalten können. Das Geld ist auch und vor allem für soziale Projekte einsetzbar. Zur Zeit werden die Anträge für Projektideen geprüft.

Kontakt:

Moabiter Ratschlag e.V., Beusselstraße 74, 10 553 Berlin
Elke Fenster, Telefon 030/39081212
Internet: www.moabiter-ratschlag.de,
www.stadtentwicklung.berlin.de

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Sanierungsgebieten

Damit sich auch Kinder und Jugendliche für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Moabit einsetzen können, ist ein Kinder- und Jugendbüro im Quartier eingerichtet worden. Darüber hinaus werden die Heranwachsenden über folgende Angebote an den Veränderungsprozessen im Wohngebiet beteiligt:

- **Beteiligung an der Umgestaltung** von Spiel-, Sport- und Freiflächen über Planungsworkshops und Projektgruppen, in denen die Ideen z.B. in Modellen dargestellt werden.
- **Kiezdetektive** unterwegs in ihrem Wohnumfeld: Mehrere Monate zogen Kinder durch Moabit und Tiergarten-Süd und erforschten ihr Wohnviertel, zu Fuß, mit Hilfe eines Stadtplanes und in dem sie Fragen stellten. Die Ergebnisse werden in Kinder-Stadtteil-Plänen festgehalten.
- Im regionalen **Kinderforum** – Kinder-Agenda – werden Ideen zusammengetragen, um das Wohnumfeld zu verbessern.
- Für die Stadtteilzeitung sind **Kinderreporter** unterwegs.
- **Kinder-Natur-Büro** im Schulgarten. Hier treffen sich regelmäßig Kinder und Jugendliche, um Projekte umzusetzen, z.B. Malaktionen.

Notwendige Rahmenbedingungen

- Längere Finanzierungszyklen – Gesicherte Grundfinanzierungen
- Der Aufbau von Netzwerken erfordert Zeit und Geld
- Kooperation statt Konkurrenz – Aufbau von Trägerverbänden
- Vertrauen – fairer Streit – Gestaltungswille

Aktivierung junger Menschen ohne Berufsbildung in ländlichen Gebieten – das Beispiel Kulturpark Deutzen

Der Kulturpark Deutzen ist ein soziokulturelles Zentrum und liegt bei Borna, 35 km südlich von Leipzig. Er bietet kreative und aktivierende Angebote für alle Bevölkerungsgruppen, eine generationsübergreifende Arbeit in allen Sparten von Kunst und Kultur. Seit 1997 werden Projekte für verschiedene „Zielgruppen“, so auch für junge Menschen ohne Berufsbildung, durchgeführt.

Projekt „Hilfe ins Erwerbsleben für Jugendliche“

Das Projekt „Hilfe ins Erwerbsleben für Jugendliche“ wurde vom Verein Multikulti e.V. von Oktober 1997 bis Dezember 2000 durchgeführt. Es war ein Youthstart-Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung der Europäischen Union. Die Zielsetzung des Projektes lag darin, insbesondere benachteiligten Jugendlichen durch individuelle kostenfreie Beratung und Betreuung sowie Anleitung und Wissensvermittlung neue Chancen in der Arbeitswelt und Lebensgestaltung zu eröffnen.

Zielgruppenorientierung der Maßnahme

Um die Zielgruppe „benachteiligte Jugendliche unter 25 Jahren“ zu erreichen, wurde die Arbeit auf mehreren Ebenen durchgeführt. Einerseits wurden Kontakte zu Institutionen auf-

Diskussionsansatz „Zielgruppen“

Unsere öffentliche Gesellschaft ist in Zielgruppen zersplittert. Zu nennen wären die Zielgruppen der Frauen, der Senioren, der Behinderten, der Langzeitarbeitslosen u.a. Gesetzgeber, Fördermittelgeber, öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe betrachten auch Jugendliche als „Zielgruppe“. Besonders benannt wird in diesem Kontext die Zielgruppe der „benachteiligten Jugendlichen“. Dieser Status als besondere Zielgruppe verhindert jedoch letztendlich die Integration der Jugendlichen. Um Jugendlichen eine Chance zu geben, sich am gesellschaftlichen und Arbeitsleben zu beteiligen, müssen sie als Partner anerkannt und gefordert werden. Nur durch gleichberechtigte Integration ist eine Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen möglich.

gebaut, wie Arbeitsämter, Sozialämter, Jugendamt Leipziger Land und den allgemein- / berufsbildenden Schulen der Region. Andererseits konzentrierte sich die Zielgruppenarbeit aufgrund des Projektkonzepts auf die BesucherInnen des Freizeitzentrums Deutzen.

Im Mai 1998 wurde durch Multikulti e.V. eine AB-Maßnahme mit zwölf Jugendlichen aus der entsprechenden Klientel begonnen. Außerdem wurde die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt intensiviert. Potentielle TeilnehmerInnen aus der Klientel des Sozialamtes wurden zu einer Informationsveranstaltung zum Projekt eingeladen. Die gewonnenen TeilnehmerInnen wurden innerhalb zweier Informationsveranstaltungen ausführlich mit den Inhalten und Möglichkeiten des Projektes vertraut gemacht. Insgesamt nahmen 42 Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren an den Maßnahmen im Projekt teil.

Projektprofil „Hilfe ins Erwerbsleben für Jugendliche“

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> ■ Junge Menschen sollen durch individuelle Betreuung und Begleitung Hilfestellung und Unterstützung auf dem Weg in das Arbeitsleben erhalten ■ Kommunikation und Kooperation zwischen denjenigen herstellen, die bei der Berufsausbildung und Berufsförderung von Jugendlichen Verantwortung tragen ■ Erfahrungsaustausch mit anderen „Youthstart-Projekten“
Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ■ 42 junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren
Bausteine	<ul style="list-style-type: none"> ■ Berufsorientierungskurs ■ In Einzelgesprächen werden individuelle Aktionspläne aufgestellt ■ Qualifizierungs- bzw. Weiterqualifizierungslehrgänge ■ Informationsaustausch mit Frankreich und Italien ■ Initiierung von Folgeprojekten; Disko, Jobzeitung ■ Bildung von Netzwerken

Methoden	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mix aus Beratung, Wissensvermittlung, Begleitung ■ Case-Management ■ Erlebnispädagogische Elemente
Regionaler Schwerpunkt	<ul style="list-style-type: none"> ■ Leipziger Südraum: Region Borna, Deutzen, Regis-Breitungen ■ Aufbau eines „Netzwerkes Beschäftigung“: Zusammenarbeit mit Firmen, Ämtern, Vereinen, Schulen und potentiellen Ausbildungsbetrieben der Region
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> ■ Individuelle Betreuung führt zu positiven Haltungen und Einstellungen ■ Isolation als Zielgruppe führt zur Verstärkung der negativen Einstellungen ■ Aktivierende Beteiligungsmethoden führten kurzfristig zu Ideen und Engagement; dieser positive Schwung darf nicht „verpuffen“ ■ Vernetzung der Jugendberufshilfeprojekte in der Region; Broschüre und Internetauftritt ■ Es entstand ein „Netzwerk für Beschäftigung für Jugendliche“; Bereitstellung von Praktikumsplätzen, praxisnahe Informationsvermittlung über Ausbildungsinhalte, Berufe und Entwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen
Finanzierung	Youthstart-Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung der Europäischen Union
Laufzeit	Oktober 1997 bis Dezember 2000

Umsetzung des Projektes

Zunächst wurde ein vierwöchiges Bildungskonzept für einen Berufsorientierungskurs entwickelt. Der Kurs sollte den Jugendlichen ermöglichen, ihre gegenwärtige Lebenssituation, ihre Wertmaßstäbe und Lebensvorstellungen zu überdenken und zu relativieren. PsychologInnen und SozialpädagogInnen behandelten Themen wie Lebens- und Berufsplanung, Stärken- und Schwächenanalyse, Bewerbungstraining, Einführung in die Marktwirtschaft, Arbeitsrecht, Exkursionen in Betriebe u.ä.

Der erste Berufsorientierungskurs im Rahmen dieses Bildungskonzeptes fand Ende 1998 mit 20 TeilnehmerInnen statt. Dazu gehörten elf Jugendliche, die als ABM-Kräfte im Kulturpark Deutzen angestellt waren und neun SozialhilfeempfängerInnen. Zwölf TeilnehmerInnen hatten bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung - teilweise jedoch in Berufen, die schwer vermittelbar sind, wie zum Beispiel Konservierer. Das Bildungsniveau erstreckte sich vom Abschluss der 8. Klasse der Lernbehindertenschule bis zum Abschluss der 10. Klasse.

Berufsorientierungskurs

- Hilfestellung bei Lebens- und Berufsplanung
- Stärken- und Schwächenanalyse
- Bewerbungstrainings
- Unterricht in Arbeitsrecht
- Exkursionen in Betriebe

Die Inhalte des Kurses wurden mit den Jugendlichen diskutiert und in einigen Fällen verändert, so dass ein teilnehmerorientierter Kurs entwickelt wurde, der sich nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Jugendlichen richtete. Darüber hinaus wurden die Kursinhalte an die Bedingungen und Erfordernisse des Arbeitsmarktes in der Region Leipziger Südraum angepasst. Mit Fragestellungen wie „Welche Ausbildungsberufe haben hier eine Zukunft, welche nicht?“ konnte die regionale Situation in das Lernfeld einbezogen werden. Die beteiligten DozentInnen und ExpertInnen vermittelten konkretes Wissen über bestimmte Wege ins Erwerbsleben sowie über Bedingungen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Dabei kamen unterschiedliche, lernaktive Methoden und Arbeitsweisen wie Planspiele, Zukunftswerkstatt, Gruppenarbeit und künstlerisch-kreative Mittel zum Einsatz. Die Zielstellung, die Jugendlichen zu einer aktiven Haltung gegenüber ihrer Situation zu motivieren, konnte damit erfüllt werden. Durch die Exkursionen erhielten die Jugendlichen die Möglichkeit, mit potentiellen Arbeitgebern zu diskutieren. Firmenbesichtigungen, Gespräche mit Auszubildenden und ArbeitnehmerInnen gehörten genauso zum Programm wie Diskussionsrunden mit Personalleitern zum Bewerbungsverhalten und mit Betriebsleitern zum Thema „Jugendliche ArbeitnehmerInnen“. Der erste Kurs wurde von den Jugendlichen, den DozentInnen und der Projektleitung gemein-

sam ausgewertet und die Erfahrungen in das Konzept für einen folgenden zweiten Kurs eingearbeitet.

Erstellen individueller Aktionspläne

- Berufliche Zielstellung formulieren
- Schrittfolge festlegen, die für die Jugendlichen ausführbar ist, um Ziel zu erreichen
- Aufstellung eines Zeitplanes
- Monatliche Treffen zum Erfahrungsaustausch, und wenn nötig, Anpassung des Aktionsplans
- ... bestimmen die weiteren Qualifikationsinhalte des Projektes

Als Ergebnis der Kurse und der angegliederten Einzelgespräche wurde mit jedem/r TeilnehmerIn ein individueller Aktionsplan entworfen. Diese Methode hatte das Ziel, mit dem Jugendlichen gemeinsam Schritte auf dem Weg zur festen Anstellung auf dem Arbeitsmarkt festzulegen, um für sie/ihn diesen Weg zu strukturieren und greifbarer zu machen. Dabei wurde das Ziel konkret festgelegt und eine Schrittfolge mit Zeitplan entwickelt.

Diese Aktionspläne bestimmten die weiteren Qualifikationsinhalte des Projektes. So wurde ein Kurs zum Erwerb des Berechtigungsscheines für Kettensägen und Freischneider sowie ein Computerkurs zum Erlernen der Grundlagen der Textverarbeitung – speziell zum Schreiben von Bewerbungen – durchgeführt. Angeboten wurde ebenfalls ein externer Lehrgang zur Kinderpflege und Babysitting. Außerdem konnten die TeilnehmerInnen in Schnupperkursen in unterschiedlichen Handwerksrichtungen praktische Arbeitserfahrungen sammeln, ihre

Neigungen herausfinden und neue Fähigkeiten erwerben.

In monatlichen Treffen der einzelnen Kurse konnten sich die TeilnehmerInnen über ihre Erfahrungen austauschen und über ein selbstgewähltes Thema mit einem Referenten diskutieren. In anschließenden Einzelgesprächen wurden die Schritte im Aktionsplan besprochen und der Aktionsplan, wenn nötig, korrigiert.

Berufsfelder und Zertifizierung

Aus den geäußerten Wünschen und Bedürfnissen der TeilnehmerInnen und den Möglichkeiten des Trägers Multikulti e.V. ergaben sich insbesondere Berufsfelder wie Garten- und Landschaftsgestaltung, Raum- und Farbgestaltung, Holzbearbeitung, Metallbearbeitung, sowie Transport- und Lagertechnik, aber auch Ofenbau, Flechtarbeiten und kreative Mosaik- und Pflasterarbeiten.

Innerhalb des Berufsorientierungskurses wurden die Jugendlichen angeregt, ihre Fähigkeiten zu entfalten und neue Talente zu entdecken. In der anschließenden Gruppen- und Einzelarbeit entstanden Gruppen, die sich in diesen Berufsfeldern weiter qualifizierten und praktische Erfahrungen sammelten. So sanierte eine Gruppe einen Springbrunnen, eine andere Gruppe befasste sich mit dem Setzen einer Trockenmauer, ein Lehmbackofen mit Überdachung wurde gebaut. Einige TeilnehmerInnen erlernten Grundelemente des Flechtens mit Weiden und wendeten diese beim Flechten von Zäunen, Toren und Körben an. Acht Jugendliche befassten sich mit der Holzverarbeitung. Sie bauten Bänke, Papierkörbe, Vögelhäuschen

Exkurs: Wirkungen des „Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ auf das Projekt

Zur Zeit der Konzipierung und Beantragung des Projektes „Hilfe ins Erwerbsleben für Jugendliche“ im Jahr 1997 war die Begleitung von arbeitslosen, sozial und beruflich benachteiligten Jugendlichen in Arbeit oder in eine Ausbildung ein innovativer, projektorientierter Handlungsansatz. Die Fördermöglichkeiten waren gering, es gab kaum Tätigkeitsinstrumentarien. Im Rahmen des „Sofortprogramms“ wurden die Rahmenbedingungen seit Anfang 1999 positiv verändert. Es entstanden zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze, mehr ABM-Stellen usw. Für das Vorhaben „Hilfe ins Erwerbsleben“ ergab sich eine neue Richtung der Arbeit mit den TeilnehmerInnen. Da die Verweildauer der Jugendlichen im Projekt kürzer war als im Konzept angenommen, musste sich die Struktur des Projektes dem anpassen.

In Bezug auf die Aktionspläne war auffällig, dass viele Jugendliche durch das „Sofortprogramm“ zwar eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz erhalten haben, aber es war abzusehen, dass dieser Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht von Dauer sein wird. Viele der ProjektteilnehmerInnen begannen überbetriebliche Ausbildungen, die nicht mit den Zielen ihrer Aktionspläne konform gingen, also nicht ihren im Projekt herausgearbeiteten Neigungen und Fähigkeiten entsprachen. Des Weiteren bieten die überbetrieblichen Ausbildungen nur wenig Möglichkeiten für einen auf dem Arbeitsmarkt benötigten, anerkannten Abschluss. Die gesellschaftlichen Bedingungen schließen jedoch eine Ablehnung des Arbeits- bzw. Bildungsangebotes durch die Jugendlichen aus. In Beratungsgesprächen wurde versucht, den TeilnehmerInnen diese Zusammenhänge zu verdeutlichen und sie für eine weitere Teilnahme am Projekt zu motivieren.

usw. Sechs Mädchen begannen zu töpfeln. Die TeilnehmerInnen wurden so motiviert, ihr bisheriges Tätigkeitsfeld auszuweiten, ihre Interessen zu überdenken und der Situation des Arbeitsmarktes anzupassen.

Die Schnupperkurse im Rahmen des Projektes waren so angelegt, dass sich die TeilnehmerInnen nicht ausschließlich mit einer Handwerksrichtung befassen mussten, sondern mehrere Richtungen im Zusammenhang betrachtet und erlernt werden konnten. So wurde zum Beispiel kein Schnupperkurs „Lehmbau“ durchgeführt, sondern ein Kurs „Bau eines Lehmbackofens mit Überdachung“, wobei sich die TeilnehmerInnen neben dem Lehmbau mit Fundamenten, Feuchtigkeitsperren, Holzverarbeitungstechniken, Dachformen usw. befassten.

Die Berufsorientierungskurse wurden mit einer Teilnahmebestätigung des Projektträgers abgeschlossen. Die anschließenden Qualifikationskurse endeten teilweise mit einer Berechtigungserlaubnis oder einem Leistungsnachweis.

Neben der Arbeit mit den TeilnehmerInnen wurde die Form eines „Netzwerkes für Beschäftigung“ konzipiert und umgesetzt. Dabei sollten ArbeitgeberInnen, Institutionen, Behörden und die benachteiligten Jugendlichen ins Gespräch gebracht werden, um die hier vorhandenen Barrieren zu überwinden und Kommunikationsstrukturen zwischen allen Beteiligten zu entwickeln. Durch die Exkursionen im Berufsorientierungskurs wurde ein erster Schritt unternommen, potentielle ArbeitgeberInnen und die Jugendlichen ins Gespräch zu

ander wussten und nicht kooperierten. Die Vernetzung dieser Projekte war für die arbeitslosen Jugendlichen von erheblichem Vorteil. In enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Landkreises fanden sich deshalb interessierte Akteure mehrmalig zu Beratungen zusammen. Sie bildeten eine Arbeitsgruppe „Jugendberufshilfe“ unter der Moderation von Multikulti e.V. und entwarfen einen Kooperationsvertrag zum genannten Thema. Die unterschiedlichen Angebote der Jugendberufshilfe der einzelnen Träger wurden zusammengetragen und in einem Rundbrief allen Kooperationspartnern zur Kenntnis gebracht. Ende Mai 2000 erschien die Broschüre „Berufliche Eingliederung junger Menschen im Landkreis Leipziger Land“. Sie wurde in Ämtern, Verwaltungen, Jugendeinrichtungen, Betrieben, Bildungsträgern und Vereinen der Jugendarbeit verteilt. Unter www.netzwerk-fuer-beschaeftigung.de ist die Veröffentlichung auch im Internet einsehbar. Dort wird sie ständig aktualisiert. Als besonders nennenswertes Ergebnis gelang es, die Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit“ im Jugendhilfeplan des Landkreises zu manifestieren.

Als ein ganz wesentlicher Fortschritt des Projektes ist der Grundstein für ein „Netzwerk für Beschäftigung für Jugendliche“ gelegt worden. Das Netzwerk zielt darauf ab, ein Instrumentarium der Kommunikation und Zusammenarbeit im Interesse der Jugendlichen zu schaffen. Einbezogen wurden Jugendliche, Eltern, Schulen, Berufsschulen, Unternehmen, Behörden und Institutionen.

Angesprochen wurden im Unternehmensbereich vor allem VertreterInnen aus denjenigen Branchen, die in einem konkreten Zusammenhang mit den beruflichen Interessen und Fähigkeiten der beteiligten Jugendlichen stehen. Neben der Bereitstellung von Praktikumsplätzen stand vor allem die praxisnahe Informationsvermittlung über Ausbildungsinhalte, Berufe und Entwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen im Vordergrund.

Entsprechende Veranstaltungen wurden sowohl branchenbezogen als auch branchenübergreifend geplant. Der Vorteil dieser Methode lag darin, dass die Jugendlichen wiederholt die Gelegenheit bekamen, die bisher erarbeiteten beruflichen Ziele intensiv zu reflektieren und ggf. in Richtung auf das individuell „Machbare“ zu korrigieren. Im direkten Kontakt mit den Unternehmen und deren Repräsentanten wurden neue, offene Kommunikationsstrukturen erprobt, von denen in der Folge eine durchaus erwünschte Eigendynamik ausgehen konnte.

Im Mittelpunkt von Gesprächen standen für die Jugendlichen Praktikumsstellen und even-

Vernetzung/Austausch

- Netzwerk für Beschäftigung
- Netzwerk Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit
- Arbeitsgruppe „Jugendberufshilfe“
- Kooperationsvertrag zwischen den Jugendberufshilfeprojekten
- Broschüre „Berufliche Eingliederung junger Menschen im Landkreis Leipziger Land“
- Internet-Auftritt unter: www.netzwerk-fuer-beschaeftigung.de
- Tätigkeit im Jugendhilfeplan festgeschrieben
- Netzwerk für Beschäftigung für Jugendliche
- Austausch mit Youthstart-Projekten in Frankreich und Italien

bringen.

Im Landkreis Leipziger Land bestanden zahlreiche Jugendberufshilfeprojekte in unterschiedlichen Formen, die jedoch wenig vonein-

Beteiligung über individuelle Beratung, Wissensvermittlung und Begleitung

- Case-Management
- Planspiele
- Zukunftswerkstätten
- Open-Space-Veranstaltungen
- Erlebnispädagogische Elemente

tuell daraus resultierende Arbeitsplätze. Als besonderen Schwerpunkt zu nennen sind hier Unternehmen aus der Zeitarbeit, die branchenübergreifend tätig sind und eine immer größere Rolle als Einstieg auf dem Weg in eine dauerhaft Beschäftigung spielen.

Das Vorgehen innerhalb des Projektes unterschied sich von einschlägigen „herkömmlichen“ Maßnahmen, vor allem durch seine individuell bezogene, persönlichkeitspezifische, bedürfnisorientierte Herangehensweise. Dabei kam ein „Mix“ aus Beratung, Wissensvermittlung und Begleitung zur Anwendung.

Im wissenschaftlichen Vergleich der Methoden wurde für das gesamte Projekt das „case-management“ gewählt. Dabei handelt es sich um einen Prozess der Hilfestellung für Menschen, deren Leben unbefriedigend verläuft, weil viele Probleme gleichzeitig vorhanden sind. Ziel des case-managements ist es, die für jedes Problem vorhandenen Hilfsquellen für den Einzelnen zu finden und ihn zu befähigen, diese Hilfsquellen zu nutzen. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen hängt meist an einem Problemgefüge. Die Jugendlichen wissen nicht, wo sie Hilfe erhalten können und sind meist auch dann noch unfähig, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen. Dem sollte durch die Methode des case-managements entgegengewirkt werden.

Auch bei den Techniken der Wissensvermittlung wurde versucht, neue Arbeitsweisen zur Anwendung zu bringen. So wurden zum Beispiel Zukunftsseminare und „open space“-Formen in das Qualifikationskonzept eingebunden. Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode, die speziell zur Unterstützung von Ideenentwicklungen und zur kooperativen Aktivierung von Personengruppen entwickelt wurde. Ziel ist es, sich mit sozialer Phantasie von der Gegenwartssituation zu lösen und mögliche Zukunftsperspektiven zu entwerfen. „Open-space“ ist eine unkonventionelle Seminarform. Statt feste Programmstrukturen vorzulegen, kommen die TeilnehmerInnen zusammen, um Themen und Punkte zu benennen und aufzuschreiben, die für sie höchste Aktualität haben und die sie persönlich gern behandeln möchten. Anhand dieser Vorschläge und eines vorgegebenen Zeitrasters bilden sich Kleingruppen, in denen diese Themenpunkte behandelt

werden. Die Methode sticht hervor durch ihre Offenheit und Flexibilität ebenso wie durch ihre Kombinierbarkeit mit anderen Ansätzen.

Weiterhin gestaltete sich das Einfügen von erlebnispädagogischen Elementen in das Projekt sehr positiv. Hieraus ergaben sich Einflüsse auf die Motivation der Jugendlichen.

Ergebnisse und Empfehlungen des Modellprojektes

- Der Begriff der Benachteiligung ist fragwürdig: Es gibt verschiedene Ursachen für Benachteiligung – 2 Hauptgruppen im Projekt:
 1. Jugendliche mit sozial schwachem familiären Hintergrund,
 2. Jugendliche mit Verweigerungshaltung
- Jugendliche als besondere Zielgruppe zu betrachten, führt zur Isolation der Jugendlichen
- Die individuelle Betreuung der Betroffenen führt zu positiven Haltungen und Einstellungen
- Die Isolation als Zielgruppe führt zur Verstärkung der negativen Einstellungen
- Aktivierende Beteiligungsmethoden wie die Zukunftswerkstatt führten kurzfristig zu Ideen und Engagement in eigener Sache, dieser positive Schwung darf nicht „verpuffen“
- Partizipation muss so früh als möglich ansetzen und nicht erst mit 18 Jahren beginnen
- Staat und Gesellschaft müssen sich eindeutig zur Partizipation von Jugendlichen bekennen, d.h. sie müssen bereit sein, Macht und Kompetenz abzugeben und die Jugendlichen wirklich ernst nehmen (Beispiel:

Umsetzung der Erkenntnisse in der Arbeit des Kulturparkes Deutzen:

- Arbeit im intergenerativen Team
- Aufstellen persönlicher Pläne und individuelle Betreuung
- Nutzbarmachung individueller Kompetenzen und Fähigkeiten Jugendlicher
- Schaffung von beruflichen Freiräumen für Jugendliche

Jugendsofortprogramm).

Kontakt:

Kulturpark Deutzen,
Arno-Bahndorf-Str. 12, 04 574 Deutzen
Andrea Wagner, Telefon 03433/90 26 21
Internet: www.kulturpark-deutzen.de;
www.netzwerk-fuer-beschaeftigung.de

Resümée

Die Gesprächsmöglichkeiten mit den VertreterInnen aus den Landesministerien (Ländersäulen) waren ein dezidiertes Wunsch der TeilnehmerInnen, den wir als VeranstalterInnen gerne aufgenommen haben. Im Vorfeld konnten auch die meisten beteiligten Landesministerien für aktive Teilnahme an den Ländersäulen gewonnen werden. Leider haben bis auf Sachsen-Anhalt alle MinisterialvertreterInnen ihre Mitwirkung kurzfristig absagen müssen. Für zukünftige Regionalkonferenzen werden wir an diesem Punkt weiter arbeiten und versuchen, dem Informationsbedürfnis der Akteure im E&C durch Gesprächsmöglichkeiten mit VertreterInnen aus ihren Länderministerien zu entsprechen.

Im Plenum wurden die wesentlichen Diskussionspunkte der Arbeitsgruppen von den ReferentInnen vorgestellt. Gleichwohl das Leitthema „Aktivierung und Beteiligung“ ebenfalls ein konkreter Wunsch der TeilnehmerInnen war, muss man doch konstatieren, dass die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zumeist von engen finanziellen Rahmenbedingungen überlagert wurden. Durch die starke Fixierung auf die vorhandenen sachlichen und finanziellen Ressourcen gelang es nicht immer, die Möglichkeiten von Partizipation und Aktivierung bei Kindern, Jugendlichen und Benachteiligten auszuloten.

Unabhängig vom Leitthema der nächsten Regionalkonferenz Ost werden die VeranstalterInnen in Vorbereitung der Konferenzen stärker recherchieren:

- Welche länderspezifischen Fragestellungen gibt es?
- Welchen Kommunikationsbedarf gibt es von Seiten der lokalen Akteure zu den Landesministerien?
- Und welches Informationsbedürfnis gibt es zur übergeordneten Evaluation des DJI?

Regionalkonferenz der Region Ost

für E&C-Akteure und Interessierte der Bundesländer
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Regionalkonferenz

4. Dezember 2001 in Magdeburg

Die Aktivierung und Beteiligung von Menschen ist der zentrale Ausgangspunkt für das solidarische Zusammenwirken von BewohnerInnen zur verbesserten Entwicklung ihrer Wohnquartiere und zur Verbesserung ihrer eigenen Lebenssituation. Insbesondere bei jungen Menschen in Quartieren mit hohem Entwicklungsbedarf gilt es, Chancen und Möglichkeiten für eine positive Lebens- und Ausbildungsperspektive zu eröffnen.

Mehr BürgerInnenbeteiligung, sei es bei erwachsenen oder bei jungen Menschen, folgt nicht nur dem Prinzip demokratischer Entscheidungs- und Planungsstrukturen sondern bietet darüber hinaus wertvolle Ressourcen: Ideen, Vorschläge und die Kreativität von BürgerInnen können Impulse in Verwaltung und Politik anstossen und somit neue Lösungswege gesellschaftlicher und sozialer Problemlagen entwickeln.

Das Programm E&C setzt bei der Umsetzung seiner Ziele,

- > Nutzung vorhandener Mittel und Fördermöglichkeiten,
- > Vernetzung von Maßnahmen und Strukturen, so dass sie zu einem Gesamtpaket ergänzt werden und

- > Entwicklung neuer Maßnahmen und Angebote, wo „Lücken“ sichtbar werden,

insbesondere auf die Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen in den E&C Programmstandorten. Das zielorientierte Zusammenwirken von Betroffenen, Verwaltung und sozialen Dienstleistern ist die Basis für die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen und die Erschließung alternativer Möglichkeiten.

Die 2. Regionalkonferenz kommt mit dem Thema „Aktivierung und Beteiligung“ dem Wunsch der TeilnehmerInnen nach Auseinandersetzung mit diesen Begriffen nach. In einem offenen Forum und in Arbeitsgruppen werden spezifische Projekte mit ihren Beteiligungsmethoden vorgestellt und in Hinblick auf ihren Transfer in andere Bereiche überprüft.

Termin:

4. Dezember 2001

Veranstaltungsort:

Hotel Ratswaage (Upstalsboom)

Ratswaageplatz 1-4 | 39104 Magdeburg

Tel: 0 39 1. 59 26-0

(Das Hotel Ratswaage ist vom Bahnhof zu Fuß in ca. 10 Minuten zu erreichen)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Tagungsbüro:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

Landesbüro Thüringen, Sachsen-Anhalt

Thomas-Mann-Str. 13 a | 07743 Jena

Tel: 0 36 41. 42 18 47 | Fax: 0 36 41. 42 18 49

eMail: ISS.Jena@t-online.de

Dienstag, 4. Dezember 2001

- 9.30** Anreise und Stehkaffee
- 10.00** Begrüßung und Einführung in die Tagung
Annegret Zacharias,
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,
Landesbüro Thüringen, Sachsen-Anhalt
- Hartmut Brocke, Stiftung SPI**
- 10.10 Rainer Schwarz, Stiftung SPI**
Die Bedeutung von Aktivierungs- und Beteiligungsformen für die zentralen Programmodule im E&C
- 10.30 Erfahrungsaustausch zu Aktivierung und Beteiligung in Arbeitsgruppen:**
- > mit Kindern und Jugendlichen
 - > mit BürgerInnen und BewohnerInnengruppen
 - > mit jungen Menschen ohne Ausbildung und Beruf (Benachteiligte)
- 11.30 Zusammentragen der Ergebnisse im Plenum**
- 12.00** Mittagspause im Veranstaltungshotel
- 12.45 Gesprächsmöglichkeiten mit VertreterInnen der Landesministerien**
Kaffee im Foyer mit der Möglichkeit informeller Treffen an den „Ländersäulen“
- 13.45 Prof. Dr. Detlef Baum, Fachhochschule Koblenz**
Partizipation von Kindern und Jugendlichen:
Neue Wege und innovative Ansätze der Beteiligung

- 14.30** Beginn der Arbeitsgruppen
Vorstellung erprobter Praxisbeispiele

Arbeitsgruppe 1 | Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung von Wohnquartieren und in Agenda 21-Prozessen

Andreas Keune, Kinderhaus Weimar
Sylke Osterloh, Stadtverwaltung Erfurt

Arbeitsgruppe 2 | Bürgerbeteiligung bei der Stadtteilentwicklung

Elke Fenster, Moabiter Ratschlag e.V., Berlin

Arbeitsgruppe 3 | Aktivierung junger Menschen ohne Berufsbildung in ländlichen Gebieten

Andrea Wagner, Kulturpark Deutzen

Kaffeepause individuell in den Arbeitsgruppen

- 16.30 Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse**

- 17.00** Ende der Regionalkonferenz